



STREIKRECHT

Wer Posten steht, wird
kriminalisiert

4

SEXARBEIT

Vertreiben, verdrängen,
ausbeuten

8

ERSTER WELTKRIEG

Jugendbewegung gegen
Militarismus

13

COMICS

Intisar fährt allen
davon

16



Junge kurdische Kämpferinnen im Training Nähe Derek, Syrien

«Ich lebe für den Sozialismus»

INTERNATIONALISMUS Barbara Kistler schloss sich vor über 20 Jahren dem bewaffneten Kampf in der Türkei an. 1993 starb sie nach einem Gefecht mit der türkischen Armee in den Bergen. Sie bleibt Symbol der internationalen Solidarität.

(gpw) Barbara wurde von allen Babs genannt. Ihre Politisierung begann als Teenager 1970, als in Zürich rund um den «Bunker», dem autonomen Jugendzentrum, Auseinandersetzungen zu selbstverwalteten Räumen und den darin stattfindenden politischen Prozessen liefen. Für diejenigen, die diesen Raum nutzten, war die Bedeutung dieses Experiments klar: «Die Jugend im Bunker begann nicht nur aus der autoritären Ordnung auszubrechen, sie begann sich zu organisieren und bildete die Basis für eine revolutionäre Bewegung, die den Mächtigen gefährlich werden kann» (Flugblatt der Autonomen Republik Bunker - ARB). Damals wie heute wurden derartige Prozesse nicht gern gesehen. Der Stadtrat Zürichs liess das Zentrum durch die Polizei räumen und schliessen, in der Hoffnung dadurch die Bewegung abzuwürgen.

Es gelang ihnen nicht. Im oben zitierten Flugblatt

sprach die ARB nach der Räumung dem Stadtrat gar Dank aus. Durch dessen Verhalten seien die pseudodemokratischen Strukturen der bürgerlichen Demokratie klar geworden, sodass auch die Unmöglichkeit eines systemkonformen Kampfes bewiesen sei. «Es geht nicht nur um ein Jugendzentrum, jetzt beginnt der politische Kampf.» In den folgenden zwei Jahren initiierte die ARB verschiedene Aktionen, beim Bahnhof Enge wurden Häuser besetzt, die später zugunsten von einem Bürokomplex abgerissen wurden, man solidarisierte sich mit kämpfenden ArbeiterInnen in der Metallindustrie in Genf, verhalf Zöglingen der Arbeiterziehungsanstalt Uitikon zur Flucht oder beteiligte sich – gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen – an den Kämpfen der FremdarbeiterInnen.

Diese Kämpfe waren die ersten Schritte im Politisierungsprozess von Babs. In einem Interview mit der Zeitschrift «POP» sagte sie 1974 dazu: «Man kann sich nicht in einem Kellerloch isolieren und glauben, das bedeute die Freiheit und die Welt werde dann besser. Will man wirklich etwas erreichen, muss man die ganze Gesellschaft verändern. Unsere Probleme sind nicht nur Jugendprobleme.» Auch die Konfrontationen mit der Polizei im Verlauf dieser Jahre waren wichtige Ereignisse in ihrer Geschichte, da sich hier die Gewaltfrage unmittelbar stellte. «Ich glaube, dass man da zuerst

einmal von der Gewalt zu sprechen hat, die die Gesellschaft anwendet, um aus Kindern sogenannte Bürger zu machen. Oder jene Gewalt, die gebraucht wird, um zu verhindern, dass Jugendliche oder Arbeiter ihre Interessen vertreten», sagte sie im selben Interview.

Teil internationaler Kämpfe

Der Kampfzyklus, der damals in Zürich stattfand, war keinesfalls nur lokaler Natur. So waren die Ereignisse in Chile, wo der gewählte Präsident Allende 1973 durch einen Putsch gestürzt wurde und sich daraufhin das Leben nahm. Einschneidende Ereignisse für alle, die sich auf fortschrittliche Kräfte bezogen, egal ob in Zürich oder sonstwo. In der Subversion, die der politischen Geschichte von Babs gewidmet ist, heisst es dazu: «Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde für uns klar, dass der friedliche Weg zum Sozialismus eine Illusion ist und die Bourgeoisie vor keinem noch so grossen Massaker zurückschreckt, wenn es darum geht, die Befreiung des Proletariats zu verhindern.» Die Konsequenz daraus war klar, Babs formulierte sie im Interview mit der «POP»: «Anstatt sich abschlagen zu lassen, hätten die chilenischen Arbeiter sich auf den bewaffneten Kampf mit den Schergen der Kapitalisten vorbereiten müssen!»

Fortsetzung auf Seite 7

POLITISCHE GEFANGENE

Auszüge aus einem Brief von Nikos Maziotis

FÜR DIE «ROTE HILFE INTERNATIONAL»

Hallo, Genossen

Es geht mir sehr gut und ich wünsche euch das Gleiche. Ich schreibe, um euch über die Situation hier zu informieren.



Ich wurde vor kurzem in ein Hochsicherheitsgefängnis (Typ C) in Domokos verlegt. Ich war der erste Gefangene, der hierher verlegt wurde und nach mir haben sie einige andere politische und soziale Gefangene hierher verlegt. Zur Zeit unterscheiden sich die Haftbedingungen hier nicht von denen in anderen Gefängnissen. Der Strafvollzug bleibt der gleiche für alle Arten von Gefängnissen, A, B und C. Es gibt keine besonderen Haftbedingungen hier, aber das Gesetz, in Bezug auf die Gefangenen in einem Typ-C Gefängnis, ist härter als das Gesetz für Gefangene in Typ-A- oder B-Gefängnissen. Insbesondere sieht das Gesetz vor, dass die Gefangenen in Typ-C-Gefängnissen, die lebenslanglich verurteilt wurden, für 20 Jahre inhaftiert werden müssen, das sind 4 Jahre mehr, als diejenigen, die in Typ-A- oder B-Gefängnissen inhaftiert sind. Das gleiche Gesetz bestimmt, dass Häftlinge in Typ-C Gefängnissen nicht das Recht haben, im Gefängnis zu arbeiten, kein Recht auf eine Strafminderung haben und auch keinen Hafturlaub bekommen.

Hinsichtlich der Verletzung meines rechten Armes, gibt es erhebliche Fortschritte. Jeden Monat muss ich in ein Krankenhaus zur ärztlichen Untersuchung gebracht werden. (...)

Meiner Meinung nach sollte die Solidaritätsversammlung für politische Gefangene und militante Gefangene und Verfolgte in Griechenland, und die Rote Hilfe International, zu Solidaritätsfragen miteinander Kontakt aufnehmen.

Mit revolutionären Grüßen aus dem Gefängnis in Domokos, Griechenland,

Nikos Maziotis

De ganze Brief ist auf dem Blog der Roten Hilfe Schweiz zu lesen!



Aufbau-Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL
Bläsiring 86
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

ZÜRICH
Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 12 bis 17 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Öffnungszeiten auf Anfrage
E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Schaufenster gegen das WEF in Zürich

Editorial

Sehr wenig ist bekannt über die Pläne, die hinter den TISA-Abkommen zur Privatisierung von Dienstleistungen (Trade in Services Agreement) stehen. Wir wissen nichts über die konkreten Traktanden zwischen der EU, der USA und auch der Schweiz in dieser Frage, wir wissen nur wenig über die nächsten Schritte und kaum etwas über die Strategie, die dahinter steht. Im Grunde geht es um eine Art Freihandelsabkommen, das es den Multis ermöglicht, jedesmal gerichtlich zu klagen, wenn Staaten nicht die maximale Profitlogik einsetzen. Das heisst: Streikrecht? Verzerrt den Wettbewerb. Lohnschutz? Kommt nicht in Frage, das ist Diskriminierung! Subventionen? Ja, gerne, aber bitte zuerst für private Firmen, nicht für öffentliche Einrichtungen.

Betroffen ist vor allem der öffentliche Sektor: das Gesundheitswesen, die Bildung, die Grundversorgung wie Wasser, Elektrizität oder der öffentliche Verkehr. Fast nichts davon ist bekannt, aber eines ist klar: es geht um einen gigantischen Raubzug gegen uns – Leute mit Lohnarbeit, Hausarbeiterinnen, SchülerInnen und Arbeitslose.

Freihandelsabkommen waren schon immer ein Mittel der Beraubung. Und immer wieder hat es dagegen Widerstand gegeben. Kämpfe gegen das GATT, die G-8-Treffen oder die WTO waren Kämpfe gegen die imperialistische Globalisierung. Auch die Mobilisierungen gegen das WEF in Davos sind in diesem Zusammenhang entstanden. In vielen dieser Kämpfe ging es um das Verhältnis zwischen kapitalistischem Zentrum – Europa und USA – und der Peripherie im Trikont. Die sichtbare Frontlinie des Raubzugs verlief weit entfernt von hier, wenn auch die Kommandoposten des Kapitals ganz in der Nähe lagen. Jetzt ist das anders.

Jetzt ist der Raubzug im Kern der Metropolen, bei den sozialstaatlichen Einrichtungen, angekommen. Die Ausplünderung der Lebensgrundlagen kann viele Formen annehmen. Mit TISA passiert diese Ausplünderung genau hier, in unserer nächsten Umgebung. Wir müssen deshalb unsere Erfahrungen aus den Kämpfen der «Antiglobalisierungsbewegung» nutzen. Wir müssen unser Gegenwissen von unten und unseren Sinn für globale Zusammenhänge vertiefen und vor allem unsere kämpfende Solidarität ausweiten. Denn «Seattle», «Genua», «Davos» ist nun genau hier, in Deinem Quartier, und genau jetzt.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

«Frieden» als Vorstufe des grossen Krieges?

UKRAINE Das Friedensabkommen kommt unter massivem Druck durch USA und NATO zustande. Waffenlieferungen gehen auch an faschistische Verbände.

(rabs) Der Ukraine-Konflikt, so die verharmlosende Bezeichnung für den Bürgerkrieg, zeigt eines deutlich auf: Die Interessen zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten klaffen weiter auseinander denn je. Die USA nehmen offensichtlich einen dritten Weltkrieg in Kauf, um Russland auch noch den letzten verbliebenen Einflussbereich aus den Zeiten der Sowjetunion streitig zu machen. Deutschland und Frankreich setzen auf eine diplomatische Lösung. Allerdings hat sich gerade Deutschland erst im letzten Moment und nur halbherzig auf die eigenen Interessen besonnen. Anfänglich hat die deutsche Regierung, auch gegen den heftigen Protest der eigenen Wirtschaftsbesse, die von den USA geforderten Boykottmassnahmen gegen Russland aktiv mitgetragen.

Trotz der gemeinsamen Friedensinitiative der Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande sind die Widersprüche in der Russlandfrage tief. Präsident Hollande hat bereits mit seinem unangekündigten Kurzbesuch bei Putin anfangs Dezember signalisiert, wie wenig er von den EU-Sanktionen gegen Russland hält. Auch in den laufenden Verhandlungen setzt sich die französische Regierung von der harten US-EU-Linie ab und unterstützt die Forderung nach mehr Autonomie für die Region von Donbass. Diese eher prorussische Haltung wird in Frankreich parteiübergreifend vertreten. So erklärte Ex-Präsident Sarkozy, dem Ambitionen für eine neue Präsidentschaftskandidatur nachgesagt werden, am konservativen Parteikongress: «Frankreich und Russland sind Teil einer gemeinsamen Zivilisation. Die Interessen der Amerikaner mit den Russen sind nicht die Interessen Europas und Russlands. Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg zwischen Europa und Russland.»

Ein brüchiger Frieden

Ob der nun abgeschlossene Friedensvertrag hält, lässt sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe schwer sagen. Sicher ist aber eines: Die Hardliner in den USA werden alles daran setzen, weiterhin einen Keil zwischen Russland und Europa zu treiben. Und dafür haben sie mit Präsident Poroschenko und Ministerpräsident Jazenjuk willfähige Werkzeuge zur Hand. Der ukrainische Aussenminister Pawlo Klimkin fordert denn auch noch während den Friedensgesprächen «Verteidigungswaffen, um Frieden zu schaffen». Sein erklärtes Ziel ist es, «die Kosten für Russland in die Höhe zu treiben». Das sind Worte, aus denen kaum ein ernsthafter Wille zum Frieden erkennbar ist. Wenig verwunderlich auch die prompte Reaktion des Führers des Rechten Sektors, Dimitriy Yarosch, der unverfroren verkündet, die faschistischen Truppen würden nach «eigenen Plänen aktiv weiterkämpfen».

Aber auch in Deutschland selber hat die Stunde der Hardliner geschlagen, welche bedingungslos hinter der US-Forderung nach Waffenlieferungen in die Ukraine stehen. An vorderster Front dieser Politik steht Wolfgang Ischinger, der seinerzeit als OSZE-Vermittler in der Ukraine agierte. Heuchlerisch erklärt er gleichzeitig, niemand wolle eine Konfrontation mit Russland. Und falls Deutschland weiterhin an seiner Ablehnung von Waffenlieferungen festhalte, könne dies die USA ja im Sinne einer «Arbeitsteilung» dennoch machen. Ischinger ist zudem der Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, einem Forum für die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der imperialistischen Mächte.



Schweizer Unterstützer der Asow-Truppe

Ins gleiche Horn stösst auch Carl Bildt, der ehemalige schwedische Aussenminister und Hochkommissar der UNO für Bosnien und Herzegowina. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges nimmt er erklärermassen in Kauf und fordert eine militärische Aufrüstung der Ukraine. In den USA selber gerät Präsident Obama auch von ScharfmacherInnen der eigenen Partei wie der ehemaligen Aussenministerin Albright unter Druck, die ablehnende Haltung gegenüber Waffenlieferung aufzugeben.

Waffen für faschistische Verbände

Die Frage stellt sich natürlich, an wen denn diese Waffen geliefert werden sollen. An eine Armee, die kaum den Sold ihrer Soldaten bezahlen kann und grösste Mühe hat, das Kanonenfutter zu rekrutieren? Wohl nicht nur. Die Waffen werden auch bei den faschistischen Freiwilligenkorps ankommen, die in diesem Krieg eine führende Rolle spielen. Zu nennen sind vor allem zwei Verbände: Das Freiwilligenbataillon Asow, eine faschistische Truppe, in der nebst Ukrainern auch Rechtsradikale aus Russland, Weissrussland, Schweden, Italien und Kroatien kämpfen. Keinen Zweifel über seine Gesinnung lässt der Kommandeur Andrej Bilezki aufkommen: «Die historische Mission unserer Nation in diesem kritischen Moment ist, die weissen Rassen der Welt in einen finalen Kreuzzug für ihr Überleben zu führen.» In der Schweiz wird das Asow Bataillon durch

die aus Hammerskin-Kreisen stammende «Misanthropie Division Ukraine» unterstützt.

Eine weitere Privatarmee unterhält der Oligarch Ihor Kolomojky, der seit anfangs 2014 als Gouverneur von Dnipropetrowsk amtiert und gute Beziehungen zu Ministerpräsident Jazenjuk unterhält. Kolomojky hat einen zweifelhaften Ruf. Selbst die USA haben gegen ihn eine Einreisesperre wegen organisierter Kriminalität, Geldwäsche, Drogenschmuggel und Auftragsmord verhängt. Seine Privatarmee, das 2014 gegründete Bataillon Dnipro, mischt mit 3000 bis 5000 Mann am Bürgerkrieg in der Ukraine mit. Diesen Truppen wird auch eine führende Beteiligung am Massaker vom 2. Mai 2014 in Odessa nachgesagt, als bei einem Angriff auf das Gewerkschaftshaus durch einen faschistischen Mob 50 Menschen ermordet wurden. Der Oligarch setzte vor kurzem ein Kopfgeld für jeden gefangenen Separatisten in der Höhe von 10 000 Dollar aus.

Der NATO-Doppelbeschluss

In dieser angespannten Situation verschärft die NATO ihre Aufrüstung gegen Russland und zeigt klipp und klar, wie wenig sie von einer friedlichen Lösung der Situation hält. Anfangs Februar beschliesst das Militärbündnis die Aufstockung der schnellen Eingreiftruppe von 13'000 auf 30'000 SoldatInnen. Zudem wird eine superschnelle Eingreiftruppe geschaffen, die innert 2-7 Tagen im Einsatzgebiet intervenieren kann. Diese Truppe wird von Deutschland, den Niederlanden und Norwegen gestellt. Zudem baut

die NATO sechs neue Stützpunkte in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien auf. Diese sollen den Eingreiftruppen als Basis- und Logistikzentren dienen. Ein Narr, wer da von einer Einkreisung Russlands spricht.

Aufhorchen lässt die Teilnahme Deutschlands. Bereits Ende Januar beschloss der deutsche Bundestag, bewaffnete Soldaten als Ausbilder der kurdischen Peshmerga in den Nordirak zu schicken. Die von Bundespräsident Gauck als Sprachrohr des deutschen Thinktank Politik & Wissenschaft geforderte Militarisierung der Aussenpolitik wird so konkret und ohne grosses Aufhebens in Tat umgesetzt. Seinen Militarismus brachte Gauck in einer Ansprache 2012 vor der Bundeswehr mit den zynischen Worten auf den Punkt: «Wir übernehmen jetzt Verantwortung für Dinge, über die wir früher nicht einmal nachgedacht hätten.»

Ob Russland eine imperialistische Macht im Leninschen Sinne des Wortes ist oder nicht, darüber kann man aus jeweils guten Gründen verschiedener Meinung sein. Keinen Zweifel kann es aber über die Tatsache geben, dass der Wille zum Krieg von den imperialistischen Mächten, allen voran den USA, und nicht von Russland ausgeht.

Die Verdammte Heuchelei der Herrschenden

CHARLIE HEBDO In Frankreich werden Menschen getötet und die Propagandamaschinerie läuft wieder auf Hochtouren.

(rabs) Anfang Jahr wurden in Paris mehrere Menschen umgebracht, 17 wurden durch einen antiwestlichen und antisemitischen Anschlag getötet, drei durch die Polizei. In der Folge solidarisierten sich Millionen vor allem westeuropäischer Menschen mit den Opfern, vor allem mit den Mitarbeitern und der Mitarbeiterin des Satiremagazins Charlie Hebdo und mit diesem als Produkt.

Wieso sind wir so schockiert?

Ist es wirklich wegen der Kaltblütigkeit der Attentäter? Wir haben uns doch längst daran gewöhnt. Solche und ähnliche Morde werden auf der ganzen Welt ständig ausgeübt, real oder fiktiv im Fernsehen und Videogames.

Ist es, dass Menschen starben? Dass im «Krieg» der «Kulturen» Menschen sterben, auf beiden Seiten, diesem Konflikt, mit dem imperialistische Politik und Ringen um Einfluss maskiert wird, um die Toten, Krieg und Brutalität zu rechtfertigen, um zu verstecken, dass es um was ganz anderes geht, als um Religion oder Kul-

tur: Denn es war noch nie ein objektives Problem, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur nicht hätten zusammen leben können.

Konflikte zwischen Religionen und Kulturen werden vorgeschoben um Klasseninteressen zu verbergen. Kein Salafist will die Herrschaft des Islams, damit es allen MuslimInnen besser geht, kein «demokratischer» Herrscher propagiert die Demokratie, um seine Macht in möglichst vielen Händen zu verteilen.

Schockiert hat, dass wir so verwundbar sind. «Wir», die Menschen, die im «Westen» wohnen. Dass der Krieg, der läuft, jeden von uns jederzeit treffen kann, dass wir nicht so stark und unverwundbar sind. Und einmal mehr hat die masslose Heuchelei der Herrschenden und JournalistInnen schockiert (auch wenn wir auch die längst gewohnt sind). Die Dreistigkeit, mit der sie den Angriff benutzten um ihre eigenen Positionen zu stärken.

Wie vordergründig Meinungsfreiheit gepredigt wird und Charlie Hebdo als Symbol der freien westlichen Presse hochgehalten wird und andererseits Kinder vor Gericht gezerrt werden, die sich weigern, in der Schule ihre Solidarität mit Charlie Hebdo auszudrücken. Oder

Regierungen unterstützt werden, die Blogger auspeitschen lassen, weil sie kritisch über die Regierung schreiben.

Wie einerseits «westliche Werte» gepredigt werden und die «Barbarei» des IS angeprangert wird, der Menschen umbringt und dabei filmt und andererseits die Gegner einfach abgeknallt werden, mit der Erklärung, dass «wir ja die Legitimation dazu haben».

Wie Länder erobert und bombardiert, Bürgerkriege geschürt werden und nachher darüber lamentiert wird, wie schrecklich doch Krieg sei und dass ganze Chaos, das in Libyen, im Irak, in Syrien oder in der Ukraine herrscht.

Die Anschläge in Paris haben die Propagandamaschinerie wieder voll auf Touren gebracht. Propaganda, die die imperialistischen Kriege schönfärbt.

Wieso ist es den Linken nicht möglich, das aufzuzeigen, was Rechte zum Teil für ihre rassistischen oder kulturalistischen Zwecke benutzen? Wieso wird eine fortschrittliche Perspektive von unten nicht gehört und wahrgenommen?

Erfährt es niemand, dann ist es auch nicht passiert

STREIKRECHT Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung erstartet aus Sorge, in den eigenen Reihen Angst zu schüren, in der Defensive. Statt den Prozess von SPAR gegen die UNIA öffentlich und politisch zu führen, verschweigt die UNIA ihn. Das ist keine Strategie, sondern Selbsttäuschung.

(az) Dem SGB fehlen Antworten auf drängende Probleme des rechtlichen Schutzes bei ihren Aktionen. Ihre Mitglieder haben keinen Kündigungsschutz und das Streikrecht ist praktisch wertlos. Wir erinnern uns, 2013 endete der Streik bei SPAR in Dättwil in einem Desaster. Die Blockade wurde vom Bezirksgericht verboten, zehn streikende VerkäuferInnen wurden entlassen und nun verwickelt SPAR die UNIA-GewerkschafterInnen auch noch in ein Strafverfahren. Doch die UNIA hält das unter dem Deckel. Schon länger stehen der SGB und die UNIA dem antigewerkschaftlichen Arbeits- und Streikrecht in der Schweiz ohnmächtig gegenüber. Der offene Klassencharakter, den die Justiz beim SPAR-Streik zu Tage legt, hätte die UNIA deshalb als politische Vorlage für eine Offensive nutzen müssen. Doch sie versäumt die Gelegenheit kläglich.

Die «strategische Offensive» beim Kündigungsschutz

2008 hatte der SGB noch einen Strategiewechsel angekündigt. In der Schweiz gibt es nämlich kein Kündigungsschutz, auch nicht für gewerkschaftliche Vertrauensleute und Personalvertretungen. Ein «begründeter» Anlass genügt den Unternehmern zur Entlassung. Beim Tagi-Personalvertreter Daniel S. liess das Bundesgericht schon die «Prognose eines möglicherweise schlechteren Geschäftsgangs» als eine solche «Begründung» gelten. Das heisst, vor jedem krisenbedingten Stellenabbau kann im Vorfeld die Personalvertretung entlassen werden. Und hätte das Gericht anders entschieden, hätte Daniel trotzdem nicht wieder eingestellt werden müssen. Zum Vergleich: In Deutschland werden Personalvertretungen – wie aktuell Murat Günes bei Neupack – auch entlassen. Doch sind diese meist rechtswidrig, können angefochten werden und die Betroffenen werden wieder eingestellt. So können sie weiterhin ihrer gewerkschaftlichen Arbeit nachgehen. Die Schweiz ist also vorbildlich im Sinne der Ausbeutung. Seit 2003 klagt der SGB bei der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) wegen solchen missbräuchlichen Kündigungen und diese fordert den Bundesrat ebenso lange auf, das Obligationenrecht anzupassen. Nach eigenen Aussagen hatte sich der SGB verpflichtet, nicht «jeden Fall antigewerkschaftlicher Repression öffentlich zu denunzieren», «aus Sorge, noch mehr Angst in den eigenen Reihen zu verbreiten». Das sollte 2008 mit einer strategischen Offensive ändern: einer Petition. Schon nach wenigen Metern kam sie ins Stocken. Denn der Bundesrat stellte eine Teilrevision in Aussicht und schon zog der SGB als braver Sozialpartner seine Klage bei der ILO zurück. Natürlich ist weder dieser Vorschlag auf die Hauptforderungen – Kündigungen für Personalvertretungen zu verbieten und die Widereinstellung bei widerrechtlicher Kündigung zu garantieren – eingegangen, noch ist dieser Vorschlag je durch die Vernehmlassung gekommen. Der SGB steht heute also am gleichen Punkt wie vor zehn Jahren, er aktivierte seine Klage 2013 wieder.

In der Zwischenzeit ist die gefährliche Dimension des fehlenden Kündigungsschutzes vor allem auch bei Streiks zu Tage getreten. Streikende werden kurzerhand entlassen. Und Gewerkschaften reagieren nicht adäquat.

Beim Spitalstreik von La Providence 2013 hat die VPOD den KollegInnen nicht einmal geholfen, neue Stellen zu suchen. Bei Gate Gourmet im Flughafen Genf 2014 hat die VPOD-Zentrale die Entlassung sogar abgesegnet. Bei SPAR 2013 begnügte sich die UNIA mit einer Klage bei der ILO. Bei Merck-Serono 2012 haben sich die Angestellten indes selbstständig im Kollektiv «Protection contre les licenciements» organisiert. Dieses will die ohnmächtige Situation aufbrechen und hat den SGB zu einer eidgenössischen Initiative für besseren Kündigungsschutz gebracht. Doch weshalb sollte der SGB fähig und willens sein, eine solch grosse Initiative zu führen, wenn er nur schon bei konkreten Kämpfen vor Angst erstartet?

Streik-«Recht», aber ...

Beim SPAR-Streik wurde jedoch eine weitere Dimension der Klassenjustiz sichtbar. Wie bei Arbeitskämpfen im Baugewerbe, so wurde auch hier die Frage des faktischen Streikrechts in der Schweiz aufs politische Tapet gebracht. Das Bezirksgericht beurteilte die Blockade der Filiale als widerrechtlich. Es urteilte damit im Sinne der schweizerischen Rechtsprechung, die zwar ein formelles Streikrecht vorsieht, aber die Mittel zu einem erfolgreichen Streik unter Strafe stellt.



Schon vor 30 Jahren war Streik - wie bei den englischen Miners-Strikes - eine Auseinandersetzung mit dem Staat...



Und mit Scabs (Streikbrechern) verhandelte man nicht immer friedlich ...



... so auch nicht mit der Klassenjustiz.



... , bzw. mit dem Polizeistaat.

Ein formelles Streikrecht gab es in der Schweiz bis 2000 nicht. Mit dem Klassenkampf ging die Bourgeoisie in juristischer Hinsicht pragmatisch um. Ein praktisches Streikrecht wurde eingeräumt, indem aus der Vereinigungsfreiheit die Koalitionsfreiheit und damit das Recht zur Bildung von Gewerkschaften und der Vertretung derer Interessen abgeleitet wurden. Den politischen Landesstreik konnte sie deshalb nicht über den regulären Weg abkanzeln, sondern liess die Streikführer 1918 über das Militärgericht bestrafen. Und die Gefahr, die von den EisenbahnerInnen ausging, liess sie 1927 über ein explizites Beamtenstreikverbot eindämmen. Erst die Totalrevision der Bundesverfassung 2000 verankerte das Streikrecht verfassungsrechtlich und hob formell – wegen internationalen Verpflichtungen (Europäischer Menschenrechtskommission) an internationale Standards – das Beamtenstreikverbot auf. Allerdings bei gleichzeitiger Aufhebung des Beamtenstatus mitsamt seiner Privilegien. Die Verankerung des Streikrechts war hart umkämpft und hat eingeschränkt Wirkung. So ist nicht einmal unumstritten, ob es sich um ein Grundrecht handelt. Eine Einschränkung gilt den für die Bourgeoisie «unerlässlichen Diensten», also für die Angestellten, die für die nationale und öffentliche Sicherheit zuständig sind, was faktisch wieder ein Beamtenstreikverbot bedeutet. Weiter gibt es auch formell kein eigentliches Streik-«Recht», sondern vielmehr die «Zulässigkeit» des Streiks unter fünf Bedingungen. Zulässig ist ein Streik, wenn er sich erstens inhaltlich auf Arbeitsbeziehungen bezieht. Politische Streiks sind also nicht zulässig. Es darf auch nicht gestreikt werden, wenn zweitens andere Verträge die Wahrung der Friedenspflicht fordern. Die Gesamtarbeitsverträge stellen damit also eine Einschränkung des Streikrechts dar. Streik muss zudem drittens die ultima ratio, das letzte Mittel sein. Es muss vorher also Anstrengungen zu einer Einigung gegeben haben. Weiter ist es nach herrschender Meinung viertens nur einer tariffähigen Organisation erlaubt zu streiken. Es darf also nur eine Gewerkschaft streiken, wilde Streiks sind verboten. Schliesslich

ist fünftens die Verhältnismässigkeit gefordert. Ist ein Streik also zulässig, müssten die Unternehmer den entstandenen Schaden selber tragen.

Das Politische im Juristischen

Dass fast jeder Streik juristische Konsequenzen hat, liegt aber selten am formellen Streikrecht, sondern vielmehr am Verständnis darüber, was ein Streik eigentlich beinhaltet. Für den Staat sind nur die Verweigerung der eigenen Arbeitskraft und friedliche Überzeugungsversuche von StreikbrecherInnen bei Streikposten erlaubt. In der Realität aber beinhaltet ein effektiver Streik gerade das Blockieren von StreikbrecherInnen und Materialtransporten und teilweise die Besetzung von Gebäuden. Hier liegt die Krux, denn Blockaden werden strafrechtlich zur Nötigung und Besetzungen zum Hausfriedensbruch. Damit wird die Intention des Streikrechts praktisch untergraben. Und in dieser juristischen Frage widerspiegelt sich die politische Frage. Eigentlich ist das Streikrecht als ein Abwehrrecht der Streikenden gegenüber dem Staat konzipiert. Der Staat darf sich – so die Meinung – nicht in einen Arbeitskampf einmischen. Der Unternehmer hat damit theoretisch nicht das Recht, den Staat zur Verhinderung sogar von widerrechtlichen Streiks anzurufen. Diese theoretische «Neutralitätspflicht» des Staates gegenüber Arbeitskämpfen ist natürlich ein historisch gewachsener Kompromiss des Klassenkampfes und damit abhängig von Kräfteverhältnissen. Juristisch ist dies verkläuselt durch den Verweis auf die Verhältnismässigkeit, welches Recht also jeweils höher zu gewichten ist: Das «Grund»-Recht zu streiken oder das Grundrecht das Privateigentum zu schützen. Wenn sich der Staat also in einen Streik einmischte, dann bekommt der Arbeitskampf eine zusätzliche juristische Ebene. Zu einer arbeitsrechtlichen Ebene, die nur die Streikenden und die Unternehmer betreffen, kommt die Ebene des Strafrechts hinzu. Der Staat des Kapitals bewertet in diesem Fall das Recht auf Eigentum höher als das Recht auf Streik, bzw. die Koalitionsfreiheit.

Taktische und ideologische Sackgasse beim Streikrecht

Die desolaten Klassenkampfverhältnisse in der Schweiz veranlassen die Justiz also sehr offen im Dienste des Kapitals zu urteilen. So offen, dass sogar der UNO-Sozialausschuss 2010 diese staatliche Einmischung kritisierte. Auch für die UNIA-Führung mit ihrem grundbürgerlichen Vertrauen in einen neutralen Staat war die Verurteilung der Gewerkschaftssekretäre wegen Nötigung nach der GBI-Blockade des Baregg-Tunels 2002 eine schockierende Erfahrung. Inzwischen hat sich diese regelmässig wiederholt.

Der aktuelle strafrechtliche Prozess von SPAR gegen die UNIA-GewerkschafterInnen ist also nicht nur der konkrete Ausdruck der Klassenjustiz. Sondern auch Ausdruck der praktischen Ohnmacht und ideologischen Verblendung der UNIA-Führung, weil sie den Prozess nicht öffentlich und politisch angeht.

Eine praktische Ohnmacht, weil sie statt die strategischen Fragen anzugehen und den politischen Kampf um die Bedingungen zukünftiger Streiks aufzunehmen, sich mit juristischen Taktierereien in die Sackgasse manövriert. Seit Jahren argumentiert der UNIA-Vorgesetzte prozesstaktisch, er hätte seine Sekretäre nicht genügend darüber instruiert, dass Blockaden widerrechtlich sind, und nimmt dabei die Schuld auf sich. Das mag im einzelnen Prozess eine gelingende Taktik sein. Diese Argumentation wird aber mit der Zeit an ihre Grenzen kommen. Eine längerfristige Strategie kommt nicht umhin, juristische Fragen politisch anzugehen und auf solche Gerichtsprozesse öffentlichen und damit politischen Druck auszuüben. Auch wenn es zwar verständlich ist, dass die UNIA ihre Mitglieder nicht mit den juristischen Folgen eines Streiks verängstigen will, so kann sie sie aber auch nicht in falscher Sicherheit wähen lassen. Eine ideologisch Verblendung.

Die Kampagne zum Kündigungsschutz lässt erahnen, in welche inhaltlichen Fallstricke der SGB bei einer Streikrechts-Kampagne fallen würde. Er argumentiert, ein Kündigungsschutz würde ein Standortvorteil sein und die Schweizer Volkswirtschaft stärken, ja sogar multinationale Konzerne dazu bringen, im Ausland statt in der Schweiz Stellen abzubauen. Statt also konsequent mit den Interessen der ArbeiterInnen zu argumentieren, reproduziert er die Lüge gemeinsamer, nationaler und klassenübergreifender Interessen. Dieses ideologische Muster – «Geht es dem Herren gut, dann geht's auch dem Knecht gut» – hatte die Sozialdemokratie in der Schweiz seit den 1920ern aufgebaut und schwebt in den Argumentationsphären der kapitalistischen Logik. Sie wird verhindern, dass in einem Kampf um die Tagesforderung nach einem Streikrecht die Frage gestellt werden kann, die auch auf eine revolutionäre Perspektive verweist: Die Frage um das Recht auf Eigentum.

Kurdin, Arbeiterin und Frau

GEDENKEN Die militante Kader Ortakaya wollte sich dem Kampf um Kobane anschließen, wurde aber vom türkischen Militär beim Grenzübertritt erschossen. Es traf nicht zufälligerweise sie, die sinnbildlich für eine bessere Gesellschaft stand.

(az) Kader wurde am 7. November 2014 beim Versuch nach Rojava zu gelangen von türkischen Soldaten erschossen. Ihre Organisation «Social Freedom» vermutet, dass das beabsichtigt war und strebt einen Prozess an. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass es dazu kommen wird.

Die These ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Kader war die einzige Frau in einer Gruppe von Männern, die an diesem Tag die Grenze zu überqueren versuchten und zu den Kämpfern in Kobane gelangen wollten. Und sie war eine Frau, die alles, was Reaktionäre bekämpfen, in sich vereinte. Sie war eine emanzipierte Textilarbeiterin, Kurdin und Kommunistin, mutig, voller Energie und Leben, mit dem Potential, andere mitzureissen und für den Kampf zu mobilisieren. Kein Wunder wollte der türkische Staat die Gelegenheit nutzen, sie zu beseitigen.

Politisierung trotz erschwelter Bedingungen

Kaders Politisierung wurde ihr keineswegs in die Wiege gelegt, jeder Schritt der Emanzipation musste sie sich erkämpfen. Als Tochter einer völlig verarmten kurdischen Familie, wuchs sie wie viele Kurdinnen ihrer Generation am Rande Istanbuls auf. Die Familie blieb in einer feudalen Mentalität verhängen und war einerseits politisch konservativ, andererseits sehr religiös. Dazu sehr arm, weshalb die Tochter schon mit 14 die Schule verlassen musste und in die Textilfabrik arbeiten ging. Hier lernte sie die Macht der Patrons kennen, die eigene dreifache Unterdrückung und Machtlosigkeit: als ausgebeutete Arbeitskraft, als Frau und Kurdin. Sie brachte es in dieser Zeit nicht nur fertig, im Fernstudium das Gymnasium abzuschliessen, sondern begann sich auch noch aktiv in der ArbeiterInnenbewegung zu engagieren, landete auf schwarzen Listen, musste immer neue Arbeitsplätze suchen und radikalisierte sich dabei immer mehr, anstatt sich einschüchtern zu lassen. Ihre Geschichte scheint beinahe unmöglich: wie eine einzige Person so viele Ressourcen mobilisieren kann, grenzt an das nicht Machbare. Doch offenbar nährte sie ihr Bedürfnis nach Befreiung und verlieh ihr die Kraft, Unvereinbares zu vereinbaren. Eine ihrer Genossinnen beschreibt sie als «hart», sie forderte sowohl von sich selbst, als auch von anderen viel. Gleichzeitig blieb sie



Kader-Ortakaya Museum bei Grenze zu Kobane

frisch und lebenslustig, die Genossin sagt ebenso: «Ich muss offen gestehen, dass wir von der Partei ihren Witz und ihr Lachen als Mittel der Propaganda eingesetzt haben.» Sie wurde also für ihre Partei zu einer wichtigen Agitatorin, blieb dabei der Textilarbeiterinnenbewegung verbunden, nahm aber auch noch ein Studium auf und schloss dieses alsbald ab. Zum Zeitpunkt ihres Todes war sie dabei eine Dissertation zu Todesfällen in türkischen Fabriken zu schreiben. Kollegen und Kolleginnen von der Universität haben die Aufgabe übernommen, die Fragestellung in ihrem Sinne weiterzuentwickeln und das Buch zu schreiben.

Sozialismus oder Barbarei

Überall in der Türkei beflügelten die grossen Bewegungen, die durch die Gezi-Park-Proteste ausgelöst wurden, die linken Kräfte nach einer langen Durststrecke. Für Kader und ihre Generation wurde in diesem Moment die Perspektive einer wirklichen Befreiung zum ersten Mal fassbar, überhaupt denkbar. Genau das Gegenteil bedeutete der Angriff der Jihadisten gegen Kobane. Der Untergang einer positiven Perspektive drohte. Dieser Angriff traf Kader auf jeder Ebene. Als militante Kurdin konnte und wollte sie nicht tatenlos

zusehen, wie die reaktionären Islamisten das entstehende Projekt einer progressiven und selbstverwalteten kurdischen Region zunichte machten. Sie teilte ihrer Organisation mit, dass sie als Kurdin da hingehen müsse, jetzt sei der Zeitpunkt, diesen Widerspruch ins Zentrum zu stellen. Entsprechend ging sie los, um zu kämpfen, das Risiko war ihr selbstverständlich bewusst. Es ist ein Trost, dass Kobane nun befreit ist. Es ist aber äusserst traurig, dass dies ohne Kader stattfand. Frauen wie sie sind eine Seltenheit und sie fehlt jetzt, da es um den Aufbau einer neuen Gesellschaft geht. Sie hat jede Form der Unterdrückung kennengelernt, sich emanzipiert und weitergebildet, ist dabei aber immer Teil der ArbeiterInnenklasse und den unterdrückten Volksmassen geblieben und diente als Quelle der Kraft und Inspiration für diejenigen, die diesen Prozess noch vor sich hatten. Das machte sie dermassen gefährlich für die Herrschenden und deshalb wurde sie hingerichtet. Das Museum der Gefallenen an der syrisch-türkischen Grenze trägt nun ihren Namen, damit man sich ihrer erinnert und weiterhin Kraft aus ihrer Geschichte schöpfen kann.

Vor 100 Jahren in Bern: Internationales Treffen der Kriegsgegnerinnen

FRAUENKAMPF Im März 1915 fand in Bern eine internationale Tagung revolutionärer Frauen statt. Sie stand im Zeichen des Antimilitarismus und des proletarischen Frauenkampfes – in klarer Abgrenzung der damals vorherrschenden Politik ihrer eigenen Parteien.

(agkkzh) Einige der Frauen sind unerkannt über die Grenze gekommen. In Bern konnten sie sich der Beobachtung durch die Nachrichtendienste der kriegsführenden noch einigermaßen gut entziehen. Aus Deutschland reisen an: Clara Zetkin, Käthe Duncker und Margarte Wengels; aus Russland Nadeschda Krupskaja; auch Genossinnen aus England, Frankreich, Italien, der Niederlande, Polen und der Schweiz sind vertreten. Die Frauen kommen nicht immer als Delegierte ihrer Parteien, denn die deutschen und französischen Parteien der Sozialdemokratie unterstützen die herrschende Regierung ihres Landes.

Die Stimme erheben für das Leben

Dem Treffen vorausgegangen ist im November des Vorjahres ein Aufruf von Clara Zetkin. Der von ihr entworfene Text wird als Flugblatt in Deutschland illegal verteilt. «An die sozialistischen Frauen aller Länder!» und weiter: «wenn die Männer töten, ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben. Gegen die Annexionspolitik, gegen demütigende Friedensbedingungen, gegen die Verletzung der Unabhängigkeit fremder Nationen!»

Ende des 19. Jahrhunderts entsteht als Teil der ArbeiterInnenbewegung in Europa eine proletarische Frauenbewegung mit mehreren internationalen Kon-



Clara Zetkin und Nadeschda Krupskaja in Moskau 1927

ferenzen, wie die 1. Internationale Konferenz 1907 in Stuttgart (Sozialistische Fraueninternationale) im Anschluss an den internationalen sozialistischen Kongress. Die Frauenkonferenz beschließt, ein Sekretariat einzurichten bei der Redaktion der Gleichheit. Die Zeitung wird zum gemeinsamen Publikationsorgan bestimmt.

Die proletarische Frauenbewegung

Nebst Frauenrechten ist immer auch die auch die internationale Lage Bestandteil der politischen Analyse. Ebenso wird das uneingeschränkte Frauenwahlrecht und das allgemeine Frauenstimmrecht gefordert; nicht als primäres Ziel alleine, sondern als Teilschritt hin zu einem gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Bei der zweiten Konferenz 1910 in Kopenhagen nehmen etwa 100 Delegierte teil; ein dort gefällter, wichtiger Beschluss ist die Einführung des Internationalen Frauen-

tages, der als wichtiges Instrument für den Kampf für das Frauenstimmrecht dienen soll.

Bereits in den Jahren zuvor, aber auch 1912 auf dem ausserordentlichen Kongress der 9. Sozialistischen Internationale in Basel, liegt der Fokus auf der internationalen Lage und auf den gemeinsamen Aktionen gegen den Krieg (zweite Marokko-Krise, Balkankrieg, italienisch-türkischer Krieg). Clara Zetkin hält dort eine kämpferische Rede gegen den imperialistischen Krieg und meinte: «Der Krieg ist nichts als die Erweiterung und Ausdehnung des Massenmordes, dessen sich der Kapitalismus auch im sogenannten Frieden zu jeder Stunde am Proletariat schuldig macht!» Im Anschluss an den 3. Sozialistischen Frauenkongress in Berlin findet eine große Friedensdemonstration mit Tausenden von Frauen statt, die an der Abschlussveranstaltung teilgenommen haben.

Nach Kriegsausbruch fordert die SPD zur Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauenvereinen auf, was die Spaltungstendenzen innerhalb der Partei in einen reformistischen und revolutionären Flügel noch beschleunigt. Die Spaltung wird unausweichlich, spätestens bei der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten im August 1914.

Bereits ein Jahr zuvor, im Juni 1913 hat man einen einmaligen Wehrbeitrag mit grosser Mehrheit abgenickt, einer «Finanzierungsspritze» für Rüstungszwecke, ganz entgegen dem antimilitaristischen Grundsatz: «diesem System keinen Mann und keinen Groschen!» Clara Zetkin hat bereits da immer wieder ihre warnende Stimme erhoben aber war mit ihrer Position in der Minderheit. Die nationalistischen und militaristischen Tendenzen hatten schon die Oberhand.

Revolutionäre Frauen auf maoistischen Pfaden

INDIEN Die maoistische Bewegung in Indien zählt immer mehr Frauen in ihren Reihen. Auch in führenden Positionen. Es ist klar warum: sie gehören zu jenen, die nichts als Ketten zu verlieren und eine neue Welt zu gewinnen haben.

(agkkzh) Letzten September vor 10 Jahren fanden die zwei grössten maoistischen Organisationen in Indien zusammen, um die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch) zu gründen. Nach einer langen Phase von Reflexion und dem Kampf für Einheit in grundlegenden Fragen zu Ideologie, Politik und revolutionärer Strategie, wurde durch die Fusion ein grosser Sprung vorwärts ermöglicht. Die CPI(Maoist) nahm damit eine führende Rolle in der weltweiten revolutionären Bewegung ein und tut es bis heute.

In einem einwöchigen Programm hat die Partei das 10-jährige Jubiläum dieses Zusammenschlusses der ehemaligen Organisationen People's War und Maoist Communist Centre gefeiert und ihrer gefallenen GenossInnen gedacht. Das Zentralkomitee der CPI(Maoist) hat dafür in einem 16-seitigen Dokument¹ die Geschichte der Kommunistischen Bewegung seit ihrer Entstehung dokumentiert um sie in den Parteiorganisationen zu diskutieren. Darin werden Errungenschaften und Herausforderungen beleuchtet.

10 Jahre vereinigte CPI(Maoist)

Das Dokument propagiert als wichtige politische Aufgabe den Kampf gegen die Regierung Modi, die eine faschistische Hindu-Theorie verbreitet, in welcher religiöse Diversität und selbst die formale föderalistische Struktur angegriffen werden.

Zu den Erfolgen beschreibt die Schrift die Formation von Revolutionären Volkskomitees (RPC) im Gebiet Dandakaranya in Chhattisgarh und Jharkhand im Nordosten des Landes, wo die Bewegung besonders stark ist. Die 9–11 Mitglieder der RPC's werden von den DorfbewohnerInnen gewählt und können jederzeit wieder abgewählt werden. Gesundheit und Hygiene, Trinkwasser, Infrastruktur und Schulen werden in Zusammenarbeit mit der Dorfbewölkerung organisiert.



Ein Poster der MaoistInnen in Gadchiroli zum Internationalen Frauenkampftag ehrt ihre gefallenen Frauenkader. Abgebildet sind die Genossinnen Indra, Dhanni, Geeta, Anita, Swarupa, Santila, Pramila, Seema, Reshma, Vasanti, Champa and Mamta.

Die Parole darauf lautet: Ohne die Frauen kann es keine Revolution geben und ohne Revolution keine von Ausbeutung befreite Gesellschaft

Bei Feierlichkeiten haben die gefallenen oder inhaftierten GenossInnen immer einen zentralen Platz. Die MaoistInnen haben in den letzten zehn Jahren annähernd 2500 KämpferInnen verloren, seit Beginn der Naxalbari-Bewegung 1967 sind es rund 12'000 GenossInnen, die ihr Leben im Kampf gegen die halbfeudale und imperialistische Barbarei hergegeben haben.

Kommandantinnen spielen eine grosse Rolle bei Gefechten

Im Jahre 2014 haben sich die revolutionären Klassenkämpfe in wachsenden Gebieten Indiens intensiviert. Sowohl massenhafter Widerstand wie auch der bewaffnete Kampf haben sich ausgedehnt. In den Medien wird oft auf die staatliche Repression fokussiert, auf Massenverhaftungen, auf Polizeiübergriffe und -morde, aber auch vermehrt auf die Gewalt gegen Frauen.

In verschiedenen Artikeln in indischen Zeitungen wird nun als aktueller Trend von einer stetig wachsenden Rolle von Frauen in der Führung der maoistischen Partei wie auch in den bewaffneten Einheiten gesprochen. Tatsächlich haben Frauen in den maoistischen Organisationen schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. In einem Artikel im Indian Express am 17.3.14 wird beschrieben, dass weibliche Kommandantinnen



Kommandantinnen einer Brigade in Bastar: Genossinnen mit Kurzhaarschnitt werden sofort als solche erkannt

beinahe die Hälfte der bewaffneten Kader der MaoistInnen ausmachen und eine grössere Rolle bei Gefechten einnehmen. Ein Beispiel ist der Überfall eines Kommandos in Sukma in Chhattisgarh am 11. März 2014. Dabei wurden elf Sicherheitskräfte der CRPF (Central Reserve Police Force) sowie vier Polizeikräfte getötet. Die CRPF erklärte, dass die Aktion in drei Gruppen durchgeführt wurde, von welchen die eine hauptsächlich aus Frauen zusammengesetzt gewesen sei und von einer Kommandantin angeführt wurde.

Auch Geheimdienstinformationen zufolge werden Kolonnen der People's Liberation Guerrilla Army (PLGA) wie auch viele regionale und Divisionskomitees der CPI(Maoist) von Frauen angeführt. Es sei zwar schwierig, genaue Zahlen zu bekommen, da die Guerilla ihre Gefallenen mitnehme. Allerdings könne von den Posters, die jeweils zu Ehren der gefallenen Kämpferinnen aufgehängt werden, Schätzungen gemacht werden. Ein Poster beispielsweise in Gadchiroli Distrikt in Maharashtra zeigt 17 Kommandantinnen, die letztes Jahr bei Gefechten gefallen sind.

«The Asian Age» vom 14.10.14 behauptet in typischer bürgerlicher Denkweise, dass die Führung der CPI(Maoist) eine radikale Strukturveränderung im «outfit» durchführe. Mit strategischer Ausrichtung würden mehr und mehr Kaderfrauen in ihren Reihen eingesetzt und diesen eine schnelle Laufbahn in der «Rebellenhierarchie» garantiert. Ein Polizeioffizier gab gestützt auf Geheimdienstinformationen zu Protokoll, dass die Partei bemüht sei, die Organisationsstruktur von einer männerdominierten zu einer frauenzentrierten hin zu transformieren. 2008 habe die maoistische Führung nur gerade 25% Frauen betragen. Die Repräsentation der Frauen in führenden Funktionen habe sich nun in Sprüngen auf 60% erhöht. Aber auch generell, auf allen Ebenen, steige die Anzahl der Frauen in erstaunlicher Rasananz. Dies zeige klar, dass die CPI(Maoist) auf eine frauendominierte radikale Kraft in den kommenden Tagen zugehe. Sein Zitat: «Früher war die Rolle einer «Kaderfrau» in ihren entsprechenden Einheiten darauf begrenzt, dem männlichen Kollegen zu assistieren. Heute werden die weiblichen Kader in kämpfenden Funktionen eingesetzt. Der Angriff letztes Jahr auf den Konvoi in Jiram Ghati in Chhattisgarh's Bastar Distrikt, in welchem 27 Kongressmitglieder ihr Leben verloren, ist dafür ein Zeugnis. Frauenkämpferinnen haben zahlen- und funktionsmässig eine dominierende Rolle in diesem Gefecht gespielt.»

Wir denken, dass die Sprünge, die der Feind und die bürgerlichen Medien konstatieren, Resultat einer ernsthaften Bemühung der CPI(Maoist) ist, in langandauernden Prozessen die patriarchalen Geschlechterverhältnisse zu bekämpfen. Die Erfolge sind Resultat von kontinuierlichen Auseinandersetzungen und der Entschlossenheit unserer indischen Genossinnen, sowohl ihre Emanzipation als Frauen zu erstreiten, wie auch als Angehörige der ausgebeuteten und unterdrückten Kasten und Klassen. Trotz schwieriger Quellenlage können wir dies aus Interviews mit GenossInnen, JournalistInnen und Intellektuellen schliessen.

Krantikari Adivasi Mahila Sangatha

Nicht zufällig existiert in Indien eine der grössten revolutionären Frauenorganisationen der Welt. Die Re-

volutionäre Adivasi Frauenorganisation (KAMS) zählt 90'000 registrierte Mitglieder, Schätzungen gehen von bis zu 100'000 aus. Sie wurde 1986 von den MaoistInnen gegründet und ist illegalisiert.

Die KAMS kämpft gegen die Traditionen von Zwangsheirat und Entführung. Gegen die Regel, dass menstruierende Frauen ausserhalb vom Dorf in einer Hütte im Wald leben müssen. Gegen Bigamie und häusliche Gewalt, gegen das Verbot zu säen. In Dorfversammlungen wird versucht, die Männer vom Unsinn solcher Sitten zu überzeugen. Da dies nicht immer sofort möglich ist, übergibt die Partei den Frauen Gemeinschaftsland, welches den Janatana Sarkar gehört. Die Janatana Sarkar sind kollektive Formen politischer und ökonomischer Organisationen der Adivasi (Indiens UreinwohnerInnen) die sich unter der Führung der MaoistInnen organisiert haben. Auf diesem Gemeinschaftsland säen nun die Frauen an, produzieren Gemüse und bauen Wasserdämme – ein halber Sieg. Die Tatsache, dass die KAMS existiert, hat die traditionelle Haltung der Diskriminierung gegen Frauen radikal verändert.

Für viele junge Frauen ist der Entschluss, sich der CPI(Maoist) und insbesondere der PLGA anzuschliessen, ein Weg, um einerseits der Erstickung in der eigenen Stammesgesellschaft zu entfliehen. Andererseits, um nicht mehr ohnmächtig mitanzusehen zu müssen, wie ihre Dörfer vom indischen Staat niedergebrannt und DorfbewohnerInnen gefoltert und ermordet werden. Dies geschieht häufig mittels Bürgerwehren wie Salwa Judum oder Kasten- und Ethnie-Heeren (früher wurden beispielsweise die Naga's dafür missbraucht, die dafür bekannt sind, gute Krieger zu sein).

Genossin Sushila, eine ältere Vorsitzende der KAMS, berichtet, wie vor allem KAMS-Mitglieder von Polizei und Salwa Judum bestialisch vergewaltigt, misshandelt und verhaftet werden. Mit der wachsenden Polizeirepression haben die Frauen zu hunderten, manchmal tausenden, physische Wälle gegen die Polizei gebildet.

Weitere Losungen der KAMS sind: Das Land denen, die es bebauen; den Wald den Adivasi; die Staatsmacht den unterdrückten Menschen; Befreiung der Frau. Die Losungen richten sich insbesondere auch gegen die bevorstehenden Minenprojekte in den Dandakaranya-Wäldern. Bereits warten hunderte von Schürfungsverträgen ihrer Realisierung – die staatliche militärische «Operation Green Hunt» soll dafür die Gegend von den Menschen säubern.

Die Zahl der politischen Gefangenen in Indien ist unklar. Indiens Premierminister liess 2011 verlauten, es sei wichtig, 100'000 Adivasi aus dem Gefängnis zu entlassen, die dort ohne Prozess ihr Dasein fristen. Nicht etwa, weil diese Ungerechtigkeit ihn stört, sondern um weitere Adivasi davon abzuhalten, sich den MaoistInnen anzuschliessen.

Dies alles sind die Gründe, weshalb heute immer mehr der CPI(Maoist)-Kader Frauen sind.

¹ Quellen: revolutionaryfrontlines.wordpress.com; bannedthought.net/India/CPI-Maoist-Docs



Genossin und Internationalistin Barbara Kistler

Fortsetzung von Seite 1

Diese theoretische Schlussfolgerung wurde ab Beginn der 1970er-Jahre auch in Europa praktisch umgesetzt, wobei kämpfende Einheiten wie die Rote Armee Fraktion oder die Brigade Rosse sich nicht nur vorbereiteten, sondern effektiv den Imperialismus in seinen Metropolen anzugreifen suchten. Eingebettet in die anticolonialistischen und -imperialistischen Kämpfe dieser Zeit in Palästina, Vietnam oder Angola und als Teil der lokalen Klassenkämpfe, versuchten diese bewaffneten Strukturen in einer Dialektik mit lokalen und internationalen Kämpfen die Machtfrage voranzutreiben. Gerade auch durch die Betonung dessen, dass die Machtfrage letztlich nur bewaffnet gelöst wird.

Die politische Bewegung in Zürich, und mit ihr auch Babs, verhielten sich dazu. Ein Beitrag war die Gründung der Subversion, einer Publikation, die genutzt wurde, um «verschiedene Theorieansätze und Diskussionen in die Bewegung hier in die Schweiz zu tragen und so einen Beitrag für eine authentische Entwicklung zu leisten. Niemand wird als Kommunist oder Kommunistin geboren» (Subversion). Da sowohl die RAF wie die BR ihre Aktionen ausführlich erklärten, ihre Einschätzungen offenlegten und politische Vorschläge zur Diskussion publizierten, konnte die Subversion als Bindeglied zwischen Deutschland und Italien politische Impulse in die eine oder andere Richtung geben.

«... / NICHTS IST WEGZUDENKEN, IN DEN JAHREN DIE KOMMEN / IN DEN KLASSENKÄMPFEN / KEINE SITZUNG, KEINE ANALYSE, KEINE UNTERSUCHUNG / NICHT EINMAL UNSER LEBEN / IN DEN STRASSEN UND FOLTERKNÄSTEN UNSERER FEINDE, HIER.»

GEDICHT ZUM TOD VON BABS, ZÜRICH 1993.

Zudem waren die politischen Gefangenen, die als Folge der bewaffneten Politik inhaftiert wurden, Bezugspunkte für Babs, die auch Mitbegründerin der Roten Hilfe in Zürich war. Sie besuchte regelmässig die Gefangenen der RAF. Am 18. Oktober 1987, zehn Jahre nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert in Stuttgart-Stammheim ermordet wurden, wurde Babs nach einer militanten Aktion gegen die deutsch-schweizerische Handelskammer und eine Mercedesvertretung in Zürich verhaftet. Dafür musste sie 14 Tage in den Knast.

Metropole und Trikont

Der Internationalismus war damals Teil jedweder revolutionären Politik. Zum einen, weil die internationalen Kämpfe oft einen klaren fortschrittlichen Charakter hatten, zum anderen, weil durch die Politik von Organisationen wie der RAF, der BR und anderer die Frage «Wie sieht revolutionäre Politik heute in den kapitalistischen und imperialistischen Zentren aus?» präsent war. Babs hatte früh Kontakt zu türkischen GenossInnen. In der Kampagne gegen das 50-Jahr-Ju-

biläum des Arbeitsfriedens 1987 beteiligte sich Babs als Mitglied des Komitees gegen Isolationshaft (KGI) an einem Aktionsbündnis mit der Partisan, einer Gruppe zur Unterstützung der illegalen TKP-ML. Es war nicht der einzige politische Berührungspunkt.

Der Prozess, der letztlich dazu führte, dass Babs sich dem bewaffneten Kampf mit der TIKKO der TKP-ML anschloss, hatte auch damit zu tun, dass der politische Widerstand in der Schweiz gegen Ende der 80er-Jahre an Grenzen stiess. In der Subversion heisst es dazu: «Dieses sich reduzieren auf den Widerstand ohne von einer eigenen, authentischen revolutionären Seite auszugehen, wurde vielen, einigen früher, anderen später, immer bewusster.» Die Debatten kreisten um zwei Fragen.

Erstens, ob der Hauptwiderspruch als Motor des revolutionären Prozess zwischen Imperialismus und nationaler Befreiung liege, oder aber, ob er in den kapitalistischen Metropolen zu suchen sei, trotz einer immer komplexer werdenden, fragmentierten Klassensituation. Zweitens (und daraus folgend), ob die Unterstützung des revolutionären Prozesses darin liege, die antiimperialistischen Kämpfe in den jeweiligen Ländern zu unterstützen oder darin, den internationalen «proletarischen Klassenkampf im nationalen Rahmen zu konkretisieren» (Subversion). Babs entschied sich letztlich für die Position, gemäss der die Unterstützung der Kämpfe im Trikont (Asien, Lateinamerika und Afrika) selber notwendige Form der internationalen Solidarität und für den revolutionären Prozess ist. Währenddessen begann in der Schweiz der Gründungsprozess des revolutionären Aufbaus Schweiz als Ausdruck der anderen Position in dieser Debatte.

Nach langen, intensiven und wertvollen Diskussionen ging sie in die Türkei. Am 19. Mai 1991 wurde Babs bei einer Razzia in Istanbul verhaftet, während der zwei unbewaffnete türkische GenossInnen von der Polizei exekutiert wurden. Zuerst kam sie in das Gefängnis Gayrettepe, wo sie gefoltert wurde, bevor sie nach Bayrampasa verlegt wurde. Über die Zeit und die Folter im Knast schreibt sie: «Du kämpfst vor allem mit und gegen dich selbst. Ob und wie du Widerstand leistest, ist nur eine Frage deines Bewusstseins, deiner Verbundenheit mit dem revolutionären Prozess» (aus einem Brief von ihr). Eine internationale Kampagne zu ihrem Fall stärkt ihre Position, sie wird entlassen und reist zurück in die Schweiz.

Kurze Zeit darauf geht sie zurück. Im Brief hat sie geschrieben, dass das Gefängnis Teil des Klassenkampfes sei und Möglichkeit zum Lernen und zur Entwicklung biete, um «als gestärkte KommunistInnen unseren Platz in den kämpfenden Reihen draussen wieder einzunehmen.» Entsprechend handelt sie. Zurück in der Türkei, schliesst sie sich einer Einheit der TIKKO an. Ein Jahr später erfährt man in Zürich von einem Gefecht mit dem Militär. Es gab Verletzte, die man nicht zurückliess. Sie wurden beim Rückzug von der Kälte und dem Schnee überrascht. Babs fiel in den Bergen von Dersim.

Subversion Nr. 16: «Ich lebe für den Sozialismus» - Sondernummer zur politischen Geschichte von Barbara Kistler. 1993, erhältlich im Aufbau-Vertrieb.

KOMMENTAR

Frauen kämpfen

Gestern, heute und morgen. In Indien, Rojava und auf den Philippinen. Und hier. Dieses Jahr findet wie immer die traditionelle Frauendemo zum 8. März eigenmächtig, selbstbewusst und ohne Bewilligung des bürgerlichen Staates in Zürich statt. Zudem organisieren die kurdischen Frauen in Solidarität mit dem Freiheitskampf in Rojava eine Manifestation in Basel, an der wir ebenfalls nicht fehlen werden.

Frauen stehen seit jeher in vorderster Front, wenn es gegen reaktionäre und imperialistische Kriege geht. Genau vor hundert Jahren, im April 1915, verfasste die «Röteste der Roten» ihre bekannte Junius-Thesen, die dann 1916 unter dem Titel «Die Krise der Sozialdemokratie» veröffentlicht wurden. Rosa Luxemburg beginnt ihre scharfe und wortgewaltige Kritik an der Sozialdemokratie wegen ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten und ihrem Verrat am Proletarischen Internationalismus folgendermassen: «Die Szene hat gründlich gewechselt. Der Marsch in sechs Wochen nach Paris hat sich zu einem Weltdrama ausgewachsen; die Massenschlächterei ist zum ermüdend eintönigen Tagesgeschäft geworden, ohne die Lösung vorwärts oder rückwärts zu bringen. Die bürgerliche Staatskunst sitzt in der Klemme, im eigenen Eisen gefangen, die Geister, die man rief, kann man nicht mehr bannen. Vorbei ist der Rausch.»

Indem Luxemburg die Legende des Verteidigungskrieges denunzierte und die deutsche Beherrschung der Türkei als das eigentliche Ziel eines imperialistischen Angriffskrieges offenlegte, sagte sie voraus, was sich seitdem bestätigt und wiederholt hat. Es ging und geht weder um Verteidigung noch um Friedensmissionen, sondern um Überfall und Raub. Rosas Parole, «Sozialismus oder Barbarei», hat heute nichts von ihrer Bedeutung verloren. Schon damals hatte der Weltkrieg seinen Schwerpunkt im Orient und es wundert nicht, dass die Jahrhunderte von kolonialen und imperialistischen Kriegen jetzt splitterweise in die Metropolen zurück geworfen werden.

Vor hundert Jahren riefen die revolutionären Frauen zu einer internationalen Frauenkonferenz gegen den Krieg auf. Sie tagte 1915 in Bern mit Clara Zetkin, Käthe Dunker, Nadeshda Krupskaya, Genossinnen aus Frankreich, England, Polen, Italien, Niederlande und der Schweiz. Heute fehlt uns leider eine Internationale der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung, die eine Kraft und Stimme gegen die Schlächtereien darstellen würde, beziehungsweise eine, die reaktionären oder imperialistischen Kriege in revolutionäre Umstürze lenken könnte, so wie es das russische Proletariat 1917 tat. Es liegt an uns, mit derselben Schärfe die später folgenden Degenerationen der Kommunistischen Parteien zu kritisieren und daraus unsere Schlussfolgerungen zu ziehen: In unseren nächsten Versuchen werden wir die alten Fehler nicht wiederholen.

Auch heute kämpfen proletarische Frauen und es lassen sich überall aktuelle Bezugspunkte finden. Die Kontinuität der Frauendemo in der Schweiz ist ein Beispiel. Oder die bewaffnet kämpfenden Frauen in Rojava, Indien und den Philippinen. Es ist auch heute nicht schwer, kämpfende Frauen zu finden und sich ihnen anzuschliessen. Und es ist das einzig Vernünftige. (fk)

Recht auf Strich

SEXARBEIT TEIL I Durch die urbane Kapitalakkumulation findet eine systematische Ausgrenzung statt. Alles was «stört» und sich nicht marktoptimierend in die städtischen Strukturen einbinden lässt, wird vertrieben. Da haben vor allem auch die prekarierten SexarbeiterInnen keinen Platz in Downtown.

(fk) Keinen Platz mehr am Zürcher Sihlquai haben seit August 2013 mehrere hundert SexarbeiterInnen. Die Auflösung des Strassenstrichs und die Verlagerung der Sexarbeit auf den Strichplatz am Depotweg in Zürich Altstetten bedeutete für viele ArbeiterInnen eine massive Änderung ihrer Arbeitsbedingungen. Historisch gesehen gab es verschiedene Phasen, an welchen Orten Sexarbeit stattfand. In den letzten Jahren ist eine deutliche Verlagerung des Angebots der sexuellen Dienstleistungen vom öffentlichen in den geschlossenen Raum erkennbar. Die immer eingeschränkteren Sperrgebietszonen in Deutschland oder die Verkleinerung der Strichzonen hier in Zürich zeigen eine deutliche Richtung auf – eine Richtung hin zu Verdrängung aus den Zentren und mehr staatlicher Kontrolle, Reglementierung und Repression. Kontrolliert wird am effektivsten im definierten und eingegrenzten Rahmen. So darf und soll Sexarbeit also an reglementierten Orten und in geschlossenen Räumen stattfinden und von definierten Personengruppen geleistet werden.

Mit der Abschaffung des Status für Cabaret-Tänzerinnen in der Schweiz bis 2016 findet eine regressive Ausgrenzung statt. Dies bedeutet für viele ArbeiterInnen aus Ländern ausserhalb der EU/EFTA-Staaten den Verlust der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und somit den Verlust der oft einzigen Möglichkeit, ihre Familien in den Herkunftsländern zu ernähren. Einer weiteren gesellschaftlichen Entwertung und dem Abdrängen der Frauen in die Illegalität ohne Arbeitsschutz ist Tor und Tür geöffnet. Welche Sexarbeit stattfindet und wo und wer sie anbieten darf, ist immer auch eine Frage der momentanen ökonomischen und politischen Verhältnisse – und damit auch eine Frage von Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen.

Kapitalistische Urbanisierung heisst Vertreibung

Kapitalistische Stadtentwicklung heisst u.a. Verdrängung von Prostitution. Dies passiert unter der Augenwischerei von sogenanntem Schutz. Wie an der Pressekongferenz «Ja zum Strichplatz» vom SP-Komitee im Februar 2012 deutlich wurde, bietet der neue Strichplatz die bestmögliche Sicherheit und Ordnung für alle Zürcherinnen und Zürcher, indem die Prostitution in klare und geordnete Bahnen gelenkt werde.



Aktion am 8.3.14 gegen Hooters: Hot-Pants sind dort Zwang für die Kellnerinnen, denn Sexyneß in ordentlichem Rahmen verkauft sich gut

Würden die ArbeiterInnen selbst gefragt, wo und unter welchen Bedingungen sie arbeiten möchten und welchen Schutz sie dafür benötigen? Nein, denn es geht nicht primär um den Schutz der SexarbeiterInnen. Denn dann müsste Prostitution als Arbeit anerkannt werden und die Umsetzung von besseren Arbeitsbedingungen inklusive Arbeitsschutzgesetzen und gewerkschaftlicher Vertretung für diese Branche stattfinden. Dies ist aber nicht der Fall, denn es ist nicht im Interesse der Herrschenden im Kapitalismus oder der sozialdemokratischen StadtplanerInnen und VertreibungsstrategInnen.

Nicht ins Bild einer sauberen, globalen Metropole passt, was sichtbar arm und proletarisch ist. Es hat



Spray in der Europaallee an der 8.-März-Frauen-Demo 2014 in Zürich: SexarbeiterInnen aufwerten! Immobilienhaie entsorgen!

ausschliesslich Platz für die kaufkräftige und glänzende Mittel- und Oberschicht, dort soll es kein «schmuddeliges» Rotlichtviertel oder den «sittenwidrigen» Strassenstrich geben. Wie in anderen Städten findet auch in Zürich rund um die Langstrasse in den letzten Jahren durch die Verdrängung des Rotlichtmilieus eine massive Säuberung statt. Der Auftrag des Projekts Langstrasse Plus 2001 war deutlich: durch Kontrolle und Repression das Entstehen einer offenen Drogenszene verhindern und das Sexgewerbe eindämmen – in dem HausbesitzerInnen und KäuferInnen gezielt bearbeitet wurden, um dem Rotlichtmilieu sukzessive Liegenschaften zu entziehen und damit das Sexgewerbe auf ein «quartierverträgliches Niveau» zu reduzieren.

Durch die massiv steigenden Mieten ist es für viele SexarbeiterInnen unmöglich, ein bezahlbares Zimmer zu finden. Am New Yorker Times Square zum Beispiel wurde die Verdrängung der Sexarbeit «als die Verhinderung der grossen Kriminalität» verkauft. In der globalen Konkurrenz werben die Metropolen für die Ansiedlung der Mittelklasse sowie Unternehmen und versuchen, sich für den Tourismus attraktiver zu gestalten. Ökonomische Interessen stehen an erster Stelle und diese definieren, was in einer Stadt sichtbar sein darf. Und da gehört zu einem bunten, aufstrebenden Quartier neben der Galerie eben auch das eine oder andere Sexkino. Die Etikettierung mit «verruht» ist geil – aber wirk-

beitsbewilligung Zugang. Alle anderen, die verstärkt in die Illegalität gedrängt werden, sind von diversen medizinischen Hilfsangeboten abgeschnitten. Dadurch haben sie eine geschwächte Position, müssen ihre Arbeit auf der Flucht vor der Polizei leisten, haben dabei eine schlechte Kundenauswahl und in der Konsequenz eine äusserst eingeschränkte Selbstbestimmung in der Arbeit. Durch diese Spaltung gibt es «erwünschte» und «unerwünschte» Sexarbeit, wie auch Beispiele aus den Niederlanden in Bezug auf staatliche Regulierungen der Sexindustrie zeigen. Durch die Regulierung sind ganz bewusst bestimmte Bereiche ausgeschlossen und die Massnahmen richten sich ausdrücklich gegen illegale EinwanderInnen. Um diese Doppelmoral zu rechtfertigen, ist auch starke staatliche Repression legitim. Wie im Kreis 4 in Zürich zu beobachten und früher am Sihlquai: SexarbeiterInnen sind einer ständigen Kontrolle und Schikane durch die Polizei ausgesetzt.

Handlungsstrategien und Widerstand

Gegen alle diese Widrigkeiten haben SexarbeiterInnen Handlungsstrategien und praktischen Widerstand entwickelt. Hier finden Widerstand gegen Regulierungen und Zuschreibungen statt; dort werden Schlupflöcher und Möglichkeiten hin zu gemeinschaftlichen Ansätzen der Arbeitsorganisation gesucht, wie eine Sexarbeiterin aus Frankreich aufzeigt. Sie hat sich vor zwei Jahren der Gewerkschaft für Sexarbeit angeschlossen, dem «syndicat du travail sexuel», kurz Strass. Im Oktober 2015 organisierten sie zum Beispiel ein Camp in Budapest, in dem Prostituierte auch lernen können, «mental zu kämpfen». Sich nicht zum Opfer abstampeln lassen, ist eine der Kernbotschaften von Strass.

Anerkennung statt Repression

Für uns ist eines klar: Staatliche Verbote rund um Sexarbeit lehnen wir ab. Im Gegenteil, SexarbeiterInnen müssen von Stigmatisierung und Kriminalisierung befreit werden. Gesetzliche Verbote und Regulierungen erschweren oder verunmöglichen es Menschen, durch Sexarbeit Einkommen zu erzielen. Sie beschneiden damit Handlungsoptionen und Verhandlungsmacht und verhindern einen relativen Schutz der SexarbeiterInnen.

Sexarbeit und die Bedingungen darin spiegeln nicht nur die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Frau und Mann wider, sondern sind auch Ausdruck des Klassenwiderspruchs im Kapitalismus. Wer sich dazu entschliesst, Sex als Ware zu verkaufen, hat dafür einen guten Grund – es bietet proletarischen Frauen und Männern eine Möglichkeit, sich und ihre Familien über Wasser zu halten, wenn Alternativen fehlen. Es gilt deshalb, die Debatten nicht zulasten jener Frauen zu führen, die mit Sexarbeit ihr Geld verdienen, sondern die Warenverhältnisse zu bekämpfen, in denen Sexarbeit prekär und frauenverachtend geleistet werden muss.

Begriff Sexarbeit

Sexarbeit ist, kurz gesagt, Sex gegen Geld. Die deutsche Hurenbewegung definiert Sexarbeit als eine «freiwillig erbrachte sexuelle Dienstleistung, die einen einvernehmlichen Vertrag zwischen erwachsenen GeschäftspartnerInnen voraussetzt». Eine sexuelle Dienstleistung, die ohne dieses Einverständnis stattfindet, ist keine Sexarbeit, sondern sexuelle Gewalt oder Sklaverei. In diesem Artikel sprechen wir über Sexarbeit.



stadtentwicklung

Londons neue Innenstadt:
Verschönerung oder
Sicherheitsmassnahme?

Wenn die Repression die Stadtarchitektur bestimmt

GESCHICHTE Wenn Städte aufgewertet werden, bedeutet dies längst nicht nur steigende Mieten und Verdrängung. Ein historischer Blick auf die Entwicklung von Paris und London zeigt auf, in welchem Umfang die Repression und präventive Sicherheitsüberlegungen gar die gesamte Stadtarchitektur prägen können.

(agkkzh) Paris und London sind zwei kapitalistische Metropolen, die in den vergangenen 150 Jahren immer wieder mit inneren und äusseren Aufständen konfrontiert waren. Während in Paris vor allem die Februarrevolution von 1848 und später die Kommune von 1871 als zeitweiliger revolutionärer Moment die Herrschenden das Fürchten lehrte, formten in London die Angriffe verschiedener irischer Oppositionsgruppen in den 1980er und 90er Jahren die Angst vor möglichen Stichen ins Herz der modernen Grossstadt. Zwei historische und politische Ereignisse, die eigentlich nicht viel miteinander zu tun haben. Und doch gibt es in beiden Fällen eine historische Gemeinsamkeit, die im Folgenden näher betrachtet werden soll. So lässt sich beobachten, wie jeweils eine entscheidende Reaktion des Staates auf die Aufstände darin lag, die entsprechenden Stadt städteplanerisch so zu verändern, dass zukünftige Angriffe und Revolten leichter unterbunden werden sollten. Während Paris sich hierbei vor allem vor Unruhen innerhalb seiner Stadtmauern fürchtete und so zahlreiche Veränderungen am Strassenbild vornahm, um dadurch künftige Barrikaden präventiv zu verhindern, fürchtete London Angriffe von aussen und konstruierte daher mit dem «Ring of Steel» einen gross angelegten Sicherheits- und Überwachungsring rund um die reiche Innenstadt. Dabei zeigt sich in beiden Fällen auch, wie gerade jene präventiven Sicherheitsmassnahmen wiederum Raum schufen, um die kapitalistische Verwertungslogik in der Stadt voranzutreiben.

Paris und die Februarrevolution

Als nach den revolutionären Ereignissen vom Februar 1848, als proletarische und bürgerliche Kräfte den französischen König stürzten, im Juni desselben Jahres erneute Aufstände blutig niedergemetzelt wurden und daraufhin mit der Herrschaft von Napoleon III die neue Form der bürgerlichen Macht für etliche Jahre gefestigt sein sollte, war für die neuen Herrschenden schnell klar, dass sich die Kämpfe und Aufstände auf den Strassen und in den Arbeiterquartieren nicht wiederholen durften. Als eine erste Massnahme zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit folgte 1851 die Ernennung von Georges-Eugène Haussmann zum Pariser Städteplaner mit schier unbegrenzten Befugnissen. Nicht nur wurden unter Haussmann ganze Arbeiterquartiere verdrängt, neue Prunkbauten errichtet und Strassen in der Länge von rund 150 Kilometern gebaut, sondern liess dieser die Stadt auch so umbauen, dass darin zukünftige Strassenkämpfe und Aufstände in den Quartieren erschwert würden. Eine Form der repressiven Städteplanung, die zwar auch schon König Louis-Philippe mit seiner Holz- statt Steinpflasterung einschlug, erst jedoch unter Haussmann zu einem dominanten Faktor bei der Entwicklung von Paris wurde.

Explizit galt es etwa, wie Walter Benjamin in seinen Betrachtungen zu Paris 75 Jahre später bemerkt, die Breite der Strassen so zu verändern, dass Barrikaden künftig schwerer zu errichten seien und die Polizei Aufstände leichter niederschlagen könne: «Die Breite der Strassen soll ihre [die Barrikaden anm. d. Ver.] Errichtung unmöglich machen, und neue Strassen sollen den kürzesten Weg zwischen den Kasernen und Arbeitervierteln herstellen. Die Zeitgenossen taufen das Unternehmen «L'embellissement stratégique».» Denn was das Parlament der Bevölkerung als «Verschönerungen» schmuckhaft machen wollte, waren in Realität strategische Überlegungen, wie eine Grossstadt wie Paris besser zu kontrollieren sei. Ganz ähnlich fasste dies auch Friedrich Engels in seiner 1871 entstandenen Schrift zur Wohnungsfrage zusammen. Er entlarvt zudem Haussmann und dessen Stadtentwicklungsprojekte als eben

jenes System der Stadtaufwertung, in dem Kapital- und politische Machtinteressen Hand in Hand gehen: «Ich verstehe unter „Haussmann“ die allgemein gewordene Praxis des Breschelegens in die Arbeiterbezirke, besonders die zentral gelegenen unserer grossen Städte, ob diese nun durch Rücksichten der öffentlichen Gesundheit und der Verschönerung oder durch Nachfrage nach grossen zentral gelegenen Geschäftslokalen oder durch Verkehrsbedürfnisse, wie Eisenbahnanlagen, Strassen usw. [die manchmal zum Ziel zu haben scheinen, Barrikadenkämpfe zu erschweren], veranlasst werden. Das Resultat ist überall dasselbe [...]: die skandalösesten Gassen und Gässchen verschwinden unter grosser Selbstverherrlichung der Bourgeoisie [...]» Und tatsächlich geht die Veränderung Paris unter Haussmann mit einer ersten Phase von nach profitablen Investitionsmöglichkeiten suchendem Finanzkapital der sich etablierenden Pariser Börse einher. So hoffte man mit den architektonischen Veränderungen, die bis heute mit der Verdrängung der Arbeiterinnenquartiere aus dem Zentrum und den breiten Boulevards das Bild von Pa-



Dunkel eingefärbt Haussmann zentrale Strassenbauprojekte von 1850 bis 1870 mit der grossen, neuen Verbindungsachse von Nord nach Süd in Paris.

ris prägen, nicht nur eine harmonische, leicht zu befriedende Stadt im Dienste der Herrschenden zu erschaffen, sondern eben auch Profitinteressen zu befriedigen. Haussmann selbst verheimlichte die militärischen Absichten hinter seinen Brauprojekten nur selten und brachte sie gar immer wieder als Argument im Pariser Parlament ein, um die hohen Kosten seiner Projekte zu rechtfertigen. Auch in seinen Memoiren rechtfertigt er sich und seine Aufwertung, als politisches Projekt zur «Demontage des alten Paris mit seinen Quartieren der Aufruhr und Barrikaden».

Ein Trugschluss, wie sich spätestens 1871 mit der Pariser Kommune zeigen sollte. Denn die verdrängten Gässchen verschwanden nicht einfach vom Erdboden, sondern entstanden wie auch Engels bemerkt «anderswo sofort wieder». Dadurch schufen sich Napoleon und seine Schergen mit ihrer Politik der Verdrängung letztendlich auch ihre eigenen Totengräber. So lässt sich, wie dies der marxistische Geograph David Harvey in seinem Buch «Rebellische Städte» als These formuliert, die Kommune auch als eines der ersten kämpferischen Projekte gegen die kapitalistische Stadtentwicklung lesen, denn nicht selten wurden die KommunistInnen gerade durch die Ergebnisse der Verdrängung und der Verschiebung ins noch grössere Elend für den Kampf gegen die französische Bourgeoisie mobilisiert. Es war dies eine erste proletarische Organisierung von unten, der bekanntlich nur durch blutigste Repression von oben entgegnet werden konnte. Haussmann selbst

störte dies freilich nicht mehr, er musste 1870 seinen Posten räumen, nachdem Vorwürfe laut geworden waren, dass er sich selbst bei Spekulationen im Städtebau bereichert haben soll. Er verbrachte die restlichen Lebensjahre im Exil.

«Ring of Steel» in London

Ganz im Geiste von Haussmann und dessen «strategischen Verschönerungen» arbeiteten auch die Städteplaner Londons, als sie in den 1990er Jahren begannen, die Innenstadt nach aussen abzudichten. Nach dem Vorbild von Belfast, das sich in den unruhigen Zeiten militärisch verbarrikadierte, sollte auch der Zugang zur Innenstadt Londons überwacht und kontrolliert werden. Freilich ging auch dies nicht ohne städtebautechnische Massnahmen über die Bühne und wiederum spielte der Strassenverlauf eine zentrale Rolle in der neuen, militärisch gesicherten Stadt. Da man im Gegensatz zu Paris für die Londoner Innenstadt weniger die Aufstände innerhalb des Quartiers fürchtete als die Angriffe von aussen, gingen die Städteplaner jedoch genau anders herum vor. Um den Verkehr zu verlangsamen, wurden grosse Strassen verkleinert, kleinere Schikanen und Kurven eingebaut und manche Strassen gar ganz für den Verkehr geschlossen. «Zwei Drittel aller Strassen, die ursprünglich in die City führten, sind heute gesperrt», fasst dies gar ein Bericht über die Entwicklung Londons zusammen. Durch die Verlangsamung des Verkehrs konnte einerseits sichergestellt werden, dass im Notfall die ganze Innenstadt abgedichtet werden konnte. Andererseits ermöglichte dies schon früh, dass London eine vollautomatische Videoüberwachung installieren konnte, die möglichst selbstständig funktionieren sollte. Denn die nun verkleinerten Zufahrtswege ermöglichten, dass jedes Fahrzeug, welches in die Innenstadt gelangen wollte, von einer der bis heute über 600 installierten öffentlichen Kameras erfasst, automatisch registriert und dabei mit einem zentralen Register abgeglichen werden konnte. Ebenso dienten massive Bauelemente, oftmals getarnt als Blumentöpfe, Brunnen oder andere öffentliche Gegenstände, dazu, im Notfall unpassierbare polizeiliche Checkpoints einzurichten – ein Notfallplan, der zuletzt bei den Olympischen Sommerspielen 2012 wieder zum Leben erweckt wurde.

Dadurch dass etliche alte Gebäude im Rahmen dieser Entwicklung neuen, der Sicherheitslage angepassten Bürobauten weichen mussten, gesellen sich auch in London die sicherheitspolitische Überlegungen zu den Kapitalinteressen. Zudem konnten unter dem Vorwand der Sicherheit weitere unliebsame Elemente von der Strasse verdrängt werden, was wiederum dazu führte, dass der Landpreis und schliesslich die Mieten stiegen. So hat der «Ring of Steel» nicht nur das Städtebild Londons geprägt, sondern ebenso eine bis heute andauernde massive Gentrifizierung der Innenstadt mitausgelöst. Freilich wurde eine solche Entwicklung in London nie als das benannt, was sie eigentlich darstellt; die Umformung der Stadt im Sinne der Repression und des Kapitals. Die Veränderung des Strassenbaus erschien stets als Verkehrsberuhigungsmassnahme oder der neue Checkpoint liess sich gut als neue Grünanlage verkaufen. Nicht zuletzt dadurch gab es in den vergangenen Jahren auch fast keine kritische Auseinandersetzung – weder in der Praxis, noch in der Theorie – mit einer solchen gross angelegten, präventiven Repressionspraxis. Und das obwohl es mit Blick auf die Veränderungen der vergangenen 30 Jahre äusserst erschreckend ist, wie grundlegend sich ein Stadtbild durch die Interessen der Repression und des Kapitals in seiner Erscheinung verändern kann.

Sozialhilfe und Repression

SOZIALWERKE Im letzten Herbst stand die Sozialhilfe vermehrt im Fokus der bürgerlichen Medien. Es wurden «übertriebene» Kosten diskutiert und einzelne Fälle ausgeschlachtet, um von oben gegen unten zu hetzen

(agj) Medial losgetreten wurde die Kampagne um die Sozialhilfe im September 2014 mit der schlecht recherchierten Geschichte über eine Familie aus Eritrea, welche eine kleine Schweizer Gemeinde zu viel kostete. Es folgten täglich Artikel zu den Kosten der Sozialhilfe, zu den SKOS-Richtlinien und deren Auslegung. Die SVP schlug vor, den Grundbedarf der Sozialhilfe massiv zu kürzen. In der SKOS werden die Richtlinien von VertreterInnen aus allen Kantonen und Akteuren des Sozialwesens definiert und bilden den Rahmen der Schweizer Sozialhilfe. Es geht darum festzulegen, wie hoch der Grundbedarf sein soll, was dieser zu enthalten hat, wie Anreize für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt geschaffen werden oder wie bei fehlender Kooperation sanktioniert wird.

Verschärfungen

In einem Positionspapier der SVP, welches zeitgleich mit der Hetze öffentlich wurde, werden diese Richtlinien als Beispiel einer schädlichen Anspruchsmoral bezeichnet. Gefordert wird ein monatlicher Maximalbetrag von 600 Franken zur Deckung des Grundbedarfs für eine erwachsene Person, zudem müsse jede angebotene Arbeit angenommen werden. Die realen Chancen zur Umsetzung dieses Vorstosses der SVP sind selbst beim momentanen harschen Kurs noch offen. Aber der Vorstoss der SVP, wie auch die Debatten um die Sozialhilfe im Allgemeinen, gliedern sich in die Angriffe von oben gegen die Sozialwerke ein. Dabei wird die gesamte Klaviatur der Hetze bespielt, man zielt gegen die, die wenig haben, und spaltet entlang der jeweiligen Kasse,

aus der die Hilfe bezogen wird (Sozialhilfe versus AHV oder IV). Hier spielt natürlich auch der Rassismus eine Rolle, MigrantInnen, die auf die Hilfe angewiesen sind, das heisst netto mehr kosten, als sie der Schweizer Wirtschaft bringen, sind als Zielscheibe freigegeben.

Zu erwähnen ist hier auch, dass die SKOS-Richtlinien, um die es geht, bereits jetzt (vor einer allfälligen Verschärfung) weder bindend noch tatsächlich sozial sind. Wie es der Name sagt, sind es lediglich Richtlinien, die von Gemeinden und Kantonen beliebig angepasst werden können. Dieser Umstand wird auch tatkräftig ausgenutzt: Im Standortwettbewerb der Gemeinden, bei dem man jeweils möglichst gute und nicht schlechte SteuerzahlerInnen anwerben will, spielt die jeweilige Auslegung der Sozialhilfe eine Rolle. Gemeindepräsidenten geben unmissverständlich zu verstehen, dass sie die Sozialhilfe runterschrauben, damit diese Menschen möglichst aus ihren Gemeinden ausziehen. Im Kanton Zürich kann bereits jetzt die Sozialhilfe ganz gestrichen werden, wenn die Behörde der Meinung ist, dass eine zumutbare Arbeit nicht angenommen wurde oder Integrationsprogramme nicht besucht werden. Es ist hier auch darauf hinzuweisen, dass die Grundidee der SKOS-Richtlinien auf das Zürcher Chancenmodell zurückzuführen ist, welches von der damaligen Grünen Stadträtin Monika Stocker lanciert wurde.

Sozialstaat im Kapitalismus

Die Sozialhilfe (wie die Sozialwerke allgemein) ist aus der Geschichte der Klassenkämpfe zu betrachten. Sie ist ein Resultat der ArbeiterInnenkämpfe, durch die stückweise Rechte erkämpft wurden (wie auch beispielsweise die AHV). Zugleich wirkt sie auch als Instrument der Integration, als ein Versuch der Verhinderung weiterer Kämpfe. Die verschärften Angriffe auf die Sozialwerke sind dann auch jetzt in einen solchen historischen Kontext zu setzen, wo die Krise des Kapitalismus (ökonomisch, aber auch politisch, sozial und kulturell) und die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung



Proteste gegen Privatisierungsmassnahmen in Zürich

als relevante Faktoren für die verschärfte Auseinandersetzung zu nennen sind.

Logischerweise müssen aus einer proletarischen Klassenposition der Sozialstaat und seine Hilfeleistungen generell in Frage gestellt werden. Denn der Sozialstaat im Kapitalismus dient letztlich dem Kapital, nicht den Menschen. Darum dienen die wesentlichen Hilfeleistungen im Sozialwesen der Arbeitsintegration und der Verwertung von Arbeitskraft. Trotzdem ist es wichtig, die Entwicklungen rund um diesen Bereich zu begleiten, nur sollte die Kritik in den richtigen Kontext eingebettet werden, um nicht in reformistische Positionen zu verfallen. Kritik oder Kampf gegen Verschärfungen bewegt sich in diesem Widerspruch, was uns an der Positionierung auf Seiten der Angegriffenen nicht hindert.

Vergessene Quartiere rücken ins Zentrum

STADTENTWICKLUNG Nicht nur die grösseren schweizer Städten verändern sich schnell. Auch in Luzern gibt es den Prozess der Stadtaufwertung.

(agj) Gentrification, Gentrifizierung, Aufwertung oder wie man es auch immer nennen will: Der Begriff ist seit geraumer Zeit in aller Munde. Ob international oder hier in der Schweiz, kaum eine grössere Stadt bleibt beim Alten. Über bekanntere Beispiele wie die Europaallee und den Kreis 4 in Zürich oder das Projekt „Rheinhattan“ in Basel wurde schon einiges geflucht, geschrieben und umgesetzt. Mit dem Beispiel der Stadt Luzern wird ein weiteres Mal aufgezeigt, dass die Stadtaufwertung immer im Interesse der Herrschenden und des Kapitals liegt und niemals im Interesse, der betroffenen AnwohnerInnen.

Wenn aus dem alten Quartier neue Überbauungen entstehen...

Ein Beispiel für die Aufwertung in Luzern ist das Tribschenquartier. Das ehemalige Industriequartier war bekannt für günstigen Wohnraum, man konnte es sich auch ohne überdurchschnittliches Einkommen leisten, hier zu wohnen. Weiter konnten KünstlerInnen Räume für ihre Arbeit nutzen und es gab unkommerzielle Bars und Treffpunkte wie den Wärbhof, die Boa, das La Fourmi und noch einiges mehr. Doch Kapitalrendite wurde auch hier, im für Investoren und Stadtentwickler bisher mässig spannenden Stadtteil, erkannt: Aus dem Tribschenquartier wurde die „Tribschenstadt“, was zuvor das Quartier prägte, wurde abgerissen und die BewohnerInnen verdrängt. Den Forderungen der ehemaligen AnwohnerInnen, den Strassenstrich zu verlegen, wurde nun plötzlich ganz schnell nachgegangen und zusätzlich mit einem Nachfahrverbot ergänzt. Ziel der Stadt war es, laut Bundesamt für Wohnungswesen BWO, auf dem Areal eine stark verdichtete, städtebaulich, architektonisch und ökologisch, gute Überbauung entstehen zu lassen, welche südöstlich des Bahnhofs eine eigentliche Quartierbildung auslöse. Dabei war die Krankenkasse CSS als Investor ganz vorne mit dabei. Im Gegensatz zur Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern, welche 5345 m² der Nutzungsfläche mietet, kaufte die Versicherung CSS gleich 7538 m² für die Realisierung eines Hauptsitzes, Wohnungen und Geschäftsräumen.

... ist auch die SBB Immobilien gerne mit von der Partie

Dass Aufwertung Verdrängung heisst, spürt man in Luzern nicht nur im Tribschenquartier, auch im



Das neue CSS-Hauptgebäude in dem ehemaligen Tribschenquartier

Hirschmatt-, dem Neustadt- oder dem Bruchquartier werden anstelle von günstigen Altbauwohnungen chicke Lofts und teure Neubauten aus dem Erdboden gestampft. Und wenn sich das Stadtbild verändert, die Bodenpreise steigen, auf allen möglichen Flächen geplant und gebaut und der Raum knapp wird, dann stehen die Schweizerischen Bundesbahnen als lachende Profiteure da. Allein in der Deutschschweiz besitzt der Bundesbetrieb über 300000m² Nutzfläche, die meisten davon an prominenter Lage rund um die Hauptbahnhöfe. Auch in Luzern baut die SBB als Grundeigentümerin in Zusammenarbeit mit der der Stadt auf dem Areal Rösslimatt ein Wohn- und Geschäftsquartier. Oder genauer: Ein weiteres Wirtschaftszentrum à la Europaallee und Konsorten. Ein Grund für diese Entwicklung ist einerseits die wachsende Nachfrage nach dem Leben und Arbeiten in urbanen Räumen, andererseits auch, dass die aktuelle, 2007 ausgebrochene Krise des Kapitalismus noch längst nicht ausgestanden ist. In diesen Zeiten sucht das Kapital noch intensiver nach lukrativen Möglichkeiten der profitträchtigen Investition. Dass Immobilien in Städten ein solches Investitionsfeld sind, ist bekannt. Es ist kein Zufall, dass sich die Bauindustrie schweizweit, krisenresistent zeigt und auch der

Luzerner Stadtpräsident Stefan Rohr sieht in der Immobilienbranche Möglichkeiten, denn «der Bedarf an Dienstleistungs- und Wohnflächen in der Stadt Luzern ist gross – insbesondere an gut erschlossener Lage.»

Saubere Städte für saubere Bürger?

Die Aufwertung von oben zeigt sich auch in diesen Quartieren nicht nur im privaten Bereich, sondern auch der öffentliche Raum. Dieser wird für die neuen, wohlhabenden BewohnerInnen und den Tourismus auf blitzblank gereinigt und durch Kameras überwacht. Es wäre ja auch eine Zumutung, müssten sie durch Strassen gehen, die noch aussehen wie früher, als für die bisherigen AnwohnerInnen nichts getan wurde. Und weil der Snob viel lieber durch sein neues Quartier flaniert, ohne dabei auf Graffiti, Lärm, SexarbeiterInnen oder Demonstrationen, wie die in Luzern, in der vergangenen Silvesternacht stattgefundene «Reclaim the Streets» zu stossen, kann er auf die Hilfe vom Staat zählen. Denn im Wissen um die erhöhte Polizeipräsenz lässt es sich um einiges bequemer entspannen, ohne mit den tagtäglichen Widersprüchen des Kapitalismus konfrontiert zu werden.



Proteste gegen die anhaltenden rassistischen Mobilisierungen in Europa

Neues aus dem Abendland

PEGIDA Nimmt man PEGIDA, Friedensmahnwachen oder Verschwörungszirkel genauer unter die Lupe, so stösst man zwischen Weltfrieden, Politikverdrossenheit und esoterischen Phantastereien auch auf viel reaktionäres Gedankengut.

(agafz) Die PEGIDA-Bewegung ist in Deutschland auf dem absteigenden Ast. In der Schweiz kam sie trotz grossspuriger Ankündigungen nie auf Touren. Dennoch lohnt sich unsererseits eine Analyse über Klassenzusammensetzung und Triebkräfte von PEGIDA und ähnlichen diffusen Bewegungen auf der Strasse. Über die subjektive Seite der Krise, die oft Anschlag für Bewegung ist, haben wir versucht etwas Licht ins Halbdunkel von PEGIDA und co. zu bringen.

Krise des Kapitalismus

Durch die Zuspitzung der kapitalistischen Krisenentwicklung geraten immer mehr Teile des Lebens aufgrund von Sparmassnahmen, Rationalisierungen und Leistungsabbau in unsichere Lagen: von der Arbeit über die Bildung bis hin zum Gesundheitswesen. Diese Auswirkungen sind aber nicht gleichmässig über die Gesellschaft verteilt. Während der ArbeiterInnenklasse die negativen Krisenauswirkungen von Oben aufgebürdet werden, sind die KapitalistInnen damit beschäftigt, sie möglichst schnell nach unten weiterzuschaukeln.

Nebst der objektiven gibt es aber auch immer eine subjektive Seite. Die Art und Weise nämlich, wie die Krise vom Subjekt empfunden wird. Auch hier kommt es zu Ungleichheiten. Im Proletariat wird die Krise als permanent wahrgenommen. Als dauerhaftes Übel, welches die eigene Lebenswelt in vielen Bereichen beeinträchtigt. Von einem Abklingen der Krise wird im Proletariat kaum mehr ausgegangen. In der herrschenden Klasse hingegen wird die Krise anders wahrgenommen. Dort treten Krisenmomente sporadisch und episodenhaft auf. Nach Einbrüchen stellt sich rasch wieder Normalität ein. Die Krise bricht dort weniger spürbar in soziale Verhältnisse ein, sie beschränkt sich kurz und scharf auf bestimmte Wirtschaftsbereiche.

Die Krisenentwicklung verändert aber nicht nur die Wahrnehmung in der ArbeiterInnen- und KapitalistInnenklasse. Sie verändert auch die Wahrnehmung im Kleinbürgertum, welches nach oben und unten Gemeinsamkeiten und Widersprüche aufweist. Mit dem Proletariat verbindet die KleinbürgerInnen, dass sie mit eigener Arbeit ihr Leben bestreiten. Mit den KapitalistInnen verbindet sie der Besitz an Produktionsmitteln. Das Kleinbürgertum wird in der Krise also von mehreren, teils entgegengesetzten Seiten bedroht: Zum einen von verschiedenen Impulsen aus dem linken Spektrum, die dazu drängen Besitz umzuverteilen. Zum anderen vom Monopolkapitalismus, der die kleinbürgerlichen Produktionsformen zersetzt. In der Krise entsteht im Kleinbürgertum auf diese Weise ein multizentrisches, asymmetrisches, vielfrontales Feind- und Angstbild, das zuweilen als Umzingelung wahrgenommen wird.

So kommt es zu einem konservativen Rückzug in die bürgerliche Mitte. Dort werden linksbürgerliche Moralismen sowie rechte und ethisch-spirituelle Themen zu einem Kern der kulturellen Grundwerte gebündelt, die zum Teil stark von völkischen und nationalistischen Zügen durchsetzt sind. Aus diesem Kern heraus muss dann die Kultur als Ganzes gegen die Umzingelung verteidigt werden. Das Problem, diese aus verschiedenen gesellschaftlichen Richtungen kommenden Bedrohungen politisch unter einen Hut zu bringen wird gelöst, indem diese in eine bestimmte Kultur oder Religion hineininterpretiert werden. Nur über eine künstlich erzeugte feindliche Gegenkultur kann überhaupt eine gemeinsame Marschrichtung werden. Oft bleibt es aber auch bei der typisch paranoiden Richtungslosigkeit, die aus einer reaktionären Igelstellung heraus zu allen Seiten hin in Verschwörungstheorien aufgeht. So entstehen die bekannten Formen ausserparlamentarischer Opposition des Kleinbürgertums, die uns zur Zeit auf der Strasse begegnen.

Vertrauensverlust gegenüber der Bourgeoisie

Aktuell verändert sich im Kleinbürgertum die Krisenwahrnehmung. Es kommt zumindest bei Teilen des Kleinbürgertums zu einem Paradigmenwechsel. Das Kleinbürgertum, welches sich meistens nach der herrschenden Klasse ausrichtet und bis anhin dessen wellen-

förmigen, episodenhaften Krisenbefund übernommen hat, erlebt die Krise jetzt zunehmend als andauernd und permanent. Dies führt zum Vertrauensverlust in die Garantie der KapitalistInnenklasse, eine konservative Grundordnung aufrecht zu erhalten. Das Kleinbürgertum wendet sich enttäuscht ab von dem Versprechen der Bourgeoisie, für Ordnung und Besitzstandwahrung zu sorgen und besser sein zu dürfen als andere. Diese Ablösung mündet allerdings direkt in einem neuen, egozentrisch-eitlen Selbstbild. Jetzt will man selber für Ordnung sorgen und sieht sich selber von Natur aus besser als andere.

Krisenauswirkungen führen gegen oben hin immer stärker zu einer reaktionären Brutalität. Findet man im Kleinbürgertum Fremdenhass und Rassismus, so kommt in der Oberschicht zunehmend eine rücksichtslose soziale Gewalt hinzu, die erpresserisch ihre Gewinne einfordert und systematisch den Klassenkampf von oben führt.

Mit Sicherheit ist Rassismus ein integraler Bestandteil des Kapitalismus, der die Menschen trennt und Unterdrückungsmechanismen stabilisiert. Man findet in PEGIDA und ähnlichen Bewegungen immer auch organisierte FaschistInnen. Für sie ist PEGIDA ein ideales Forellenbecken um Sympathisantinnen zu angeln und Querfronten zu bilden. Trotzdem sind diese strategischen rechtsextremen Initiativen deutlich in der Minderheit. Obwohl ein Teil der Teilnehmenden die rechtsextreme Agitation aufnimmt, wehren sich andere auch dagegen.

Das Potenzial, in Bedrohungslagen reaktionär zu verrohen und rassistische Kräfte aufzubauen, scheint der PEGIDA und ähnlichen Bewegungen aber klar gegeben zu sein.

Daher gilt: Dort wo diese kleinbürgerlichen Kräfte aufmarschieren, müssen wir uns ihnen entgegenstellen. Nicht nur wegen den rechtsextremen Auswüchsen, sondern auch deshalb, weil sie den Kapitalismus mitsamt seiner Krise ungebrochen gegen jede Alternative verteidigen, stützen und weitertragen.

Die Rassisten marschieren wieder



Pegida aus Dresden wirkt als zentraler Organisator bei den rassistischen *gida Demos.

Der Ableger in Leipzig (legida) versucht derweil im rechten Hooligan Spektrum Fuss zu fassen.



«Hooligans gegen Salafisten» (HoGeSa) organisierten Demos in Köln und Gladbach und verbindet Rechtsradikale mit Hooligans.



Als Nachfolger der mittlerweile aufgelösten HoGeSa tritt seit diesem Jahr die Gruppe «Gemeinsam Stark» öffentlich in Erscheinung.



Seit einiger Zeit marschieren zudem in Berliner Vororten rechtsradikale Bürgerbewegungen gegen geplante Unterkünfte für Flüchtlinge.

Im Bild

25. Januar 1995: Es läuft die 48. Minute im Spiel zwischen Crystal Palast und Manchester United. Beim Spielstand von 0:0 schickt der Schiedsrichter United-Spieler Eric Cantona nach einer Tätlichkeit unter die Dusche. Cantona steht im Rund des Selhurst Park in Südlondon und richtet seinen aufgestellten Kragen, sein Markenzeichen, ordentlich und marschiert Richtung Kabine. Noch auf dem Spielfeld geht er gegen ein Mitglied der «National Front» (NF), der ihn aus der ersten Reihe des Zuschauerbereichs beschimpft, vor und tritt ihm als Reaktion auf dessen rassistische Pöbeleien mit einem Fussskick gegen die Brust und schlägt ihm danach mehrmals ins Gesicht.

Cantona wird noch im Kabinengang festgenommen. Zunächst wird Cantona zu einer zweiwöchigen Haftstrafe verknurrt, die jedoch in 120 Stunden gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden. Die Fifa und der englische Fussballverband sprechen eine Sperre für ein halbes Jahr aus. Später befand Cantona den Tritt als «Höhepunkt meiner Karriere» und bedauerte «den Rassisten nicht noch besser getroffen zu haben».



Den Spiess umgedreht

POLITISCHE PROZESSFÜHRUNG Hohe Bussen und zahlreiche Strafverfahren waren die Antwort der Winterthurer Behörden auf die Tanzdemo „StandortFUCKtor“. Ein offensiver Umgang mit den Angriffen der Klassenjustiz liess diese Repressionsstrategie ins Leere laufen.

(raw) So hatte sich der Einzelrichter den Ablauf des Gerichtsprozesses am 9. Januar 2015 wohl nicht vorgestellt: Der Angeklagte verweigerte mit dem Hinweis darauf, dass er nur stellvertretend für alle von der Repression Betroffenen vor den Schranken der Klassenjustiz stehe, bereits die Befragung zu seiner Person. Ungeachtet der Unterbrechungsversuche des irritierten Richters begann er eine Erklärung vorzutragen. Und spätestens als sich mehrere Leute im Publikum abwechslungsweise an der Erklärung beteiligten und ein Transparent entrollt wurde, begriff auch der Richter, dass dieser Prozess nicht dem von ihm vorgesehenen Protokoll folgen würde. Die Verhandlung war denn auch schon wieder vorbei, bevor sie eigentlich begonnen hatte, als der Angeklagte und die ZuschauerInnen den Saal nach dem Verlesen der Erklärung wieder verliessen ohne den Richter nochmal zu Wort kommen zu lassen.

Dass dieser Prozess etwas aus der Reihe tanzen könnte, war allerdings bereits davor absehbar. Es ist ja nicht so, dass die politische Widerstandsbewegung ständig die Auseinandersetzung mit der Klassenjustiz sucht, sondern immer wieder durch ihre politische Militanz in diese Konfrontation gezwungen wird und Antworten und Widerstandsstrategien dagegen entwickeln muss. Auch nach der von der Polizei brutal verhinderten Tanzdemo „StandortFUCKtor“ vom 21. September 2013 und den zahlreichen Bussen und Vorladungen danach ging es erstmal darum, die Angriffe der Repression kollektiv abzufedern, die Betroffenen konkret zu unterstützen und erst in einem zweiten Schritt eine offensive politische Antwort darauf zu entwickeln.

«Der Stadtaufwertung den Prozess machen!»

Als erste Möglichkeit gemeinsamer Gegenwehr bot es sich an, massenhaft Einsprache gegen die Strafbefehle wegen «Teilnahme an einer unbewilligten Demo» zu erheben. Die Erfolgchancen eines Weiterziehens der Einsprachen waren aber gering und mit einem hohen Kostenrisiko verbunden. Sollte man nun etwa wegen der Einsprachen nur höhere Kosten gehabt haben und zudem politisch in der Defensive stehen, weil der kollektive Umgang damit die Bussen doch nicht hatte verhindern können? Ein Bündnis aus Betroffenen und Solidarischen, die «StandortFUCKtor-Soli-Gruppe», nutzte die Angriffe der Repressionsorgane um politisch in die Offensive zu gehen: «Weil es horrende Gerichtskosten nach sich ziehen würde, alle Einsprachen gegen die Strafbefehle weiterzuziehen, führen wir einen stellvertretenden Prozess. [...] An diesem Prozess stellen wir erneut unsere Kritik an der Stadtaufwertung ins Zentrum.» Es gehe nicht darum, ein «gerechtes» Urteil der Klassenjustiz über den Abend des 21. Septembers 2013



Erfolgreiche Proteste vor Gericht in Winterthur

zu erwarten, sondern darum, «diesen Prozess als Bühne für unsere Inhalte zu nutzen.» Mit der Parole «Der Stadtaufwertung den Prozess machen!» wurde schon im Vorfeld deutlich gemacht, um was es beim Prozess am 9. Januar 2015 gehen würde: «Wir drehen den Spiess um: Der Prozess gehört denen gemacht, die von der Stadtaufwertung und Verdrängung, von Sparmassnahmen und Repression profitieren!»

Der Gerichtssaal als Bühne

Dass diese «Flucht nach vorne», der offensive Umgang angesichts der Repression und das Drehen der Angriffe von oben in eine weitere Kampagne gegen die Stadtaufwertung und Verdrängung die richtige Antwort auf die Einschüchterungs- und Abschreckungsstrategie der Stadtregierung war, zeigte unter anderem die grosse Mobilisierung am Tag des Prozesses. Und die totale politische Verweigerung der Formalitäten einer Gerichtsverhandlung, das klare Ablehnen der Gerichtsbarkeit des bürgerlichen Staates war umso wichtiger angesichts der fast schon aufdringlich deeskalativen Linie des Bezirksgerichts in diesem Prozess. «Am 21.9. waren es Bullen in Kampfausrüstung, denen wir mit unserer

Demo gegenüberstanden. Heute ist es die Juristerei, die den Anspruch der Besitzenden auf den öffentlichen Raum durchsetzen will.», steht erklärend für das Nicht-Respektieren des Gerichts in der Prozessklärung. Angesichts der zunehmenden Kristallisierung der ökonomischen und sozialen Widersprüche in den Städten und der Repressionsstrategien der Herrschenden gegenüber den Bewegungen gegen die kapitalistische Urbanisierung kann der Widerstand gegen Aufwertung und Verdrängung eben auch in einem Gerichtssaal seinen offensiven Ausdruck finden.

Die vollständige Prozessklärung ist unter <http://www.aufbau.org/index.php/widerstand-mainmenu-2/allgemein-mainmenu-3/1840-prozessklaerung-zum-standortfucktor-prozess> zu finden.

Zur Frage der politischen Prozessführung empfiehlt sich als „Standardwerk“ die Broschüre «Der politische Prozess», herausgegeben als «Internationale Solidarität» Nr. 8 von der RHI. Erhältlich über info@aufbau.org

Die Revolutionäre Jugendbewegung im Ersten Weltkrieg

JUGENDBEWEGUNG Die sozialistische Jugendbewegung war einer der wichtigsten Akteure in der Schweizer ArbeiterInnenbewegung während dem Ersten Weltkrieg. Wie sah diese vor 100 Jahren aus und was waren ihre ideologischen Stossrichtungen?

(agj) 1900 gründeten sich die «Jungburschen», später umbenannt in «Freie Jugend» und schliesslich in «Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz». Während dem Ersten Weltkrieg machte die Sozialistische Jugendbewegung einen organisatorischen Sprung nach vorn, mit 3000 Mitgliedern und 130 Sektionen. In einem rasanten Radikalisierungsprozess wurde in wenigen Jahren aus einer politisch-neutralen Konfirmandengruppe die linksradikale Speerspitze der Schweizer Arbeiterbewegung.

Der Grosse Krieg

Die Verschärfungen der sozialen Lage während des Krieges bewog viele ArbeiterInnen sich zu organisieren. Die Haltung zum Krieg veränderte sich im Laufe des Krieges. Mit den Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) kam die pazifistisch-revolutionäre Richtung im internationalen Sozialismus auf. Wichtig dabei ist auch der Einfluss revolutionärer und bolschewistischer Strömungen. Die Novemberrevolution in der Sowjetunion feuerte die ArbeiterInnenbewegung noch weiter an. In der Schweiz gipfelte die revolutionären Aktivitäten im Landesgeneralstreik von 1918. Diese sozialpolitische Aufbruchsstimmung, die breite Bevölkerungskreise umfasste, dauerte noch nach dem Krieg an und wichtige Errungenschaften wurden dabei erkämpft.

Die Jugendorganisation

Die Erste Ausgabe der Zeitung «Freie Jugend» nach Kriegsbeginn hatte den Titel «Krieg dem Kriege!». Es setzte sich eine konsequente Oppositionspolitik gegen die sozialdemokratische Burgfriedenpolitik durch. Willy Münzenberg rief im April 1915 zu einer internationalen Jugendkonferenz auf, die sich gegen den Krieg richtete. Man veranlasste eine Resolution, die die Niederlegung aller Waffen verlangte. Die Entwaffnungspareole wurden zur ideologischen Richtung der nächsten Zeit. Dienstverweigerer bekamen einen grossen Platz in den eigenen Medien. Zum Beispiel wurden Verteidigungsreden von Dienstverweigerern abgedruckt. Die pazifistische sozialistische Sozialismusauffassung des ersten Kriegsjahres radikalisierte sich im Laufe des Krieges hin zu einem marxistischen, kämpferischeren, politischeren Kurs. Es wurden Kritiken verfasst gegen anarchistische und religiös-soziale Vorstellungen. Diese wurden als «Idealisten» abgetan. An der Entwaffnungspolitik wurde zunächst noch festgehalten. Ab 1917 setzte sich dann aber die Position durch, dass man sehr wohl in die Armee eintreten soll, dort revolutionäre Politik machen und sich im Kämpfen üben soll. Nicht nur die Ideen wurden radikaler, auch die Strassenpräsenz. Die Sozialistische Jugendorganisation war nicht überall gerne gesehen. In Altdorf zum Beispiel gab es Proteste gegen die Gründung einer Sektion, worauf die Sozialistische Jugendorganisation zu einer Demonstration aufgerufen hat, an der 2000 Leute mit roten



An offiziellen Anlässen wurde antimilitaristische Propaganda mitgeführt. (undatierte Aufnahme)

Fahnen, die Internationale singend durch Altdorf zogen und vor dem Tell-Denkmal eine Rede hielten. Die Provokation war immens. In Zürich kam es auch vermehrt zu Auseinandersetzungen. Als Provokation rief man am 1. August 1916 zu einer Antikriegsdemonstration auf. Es herrschte ein Demonstrationsverbot, trotzdem zog man vom Stadtrand in die Innenstadt. Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei und daraus resultierend zu Verhaftungen. Doch Partei, Gewerkschaften und ArbeiterInnenvereine solidarisierten sich, was die Jugendorganisation in ihrer Politik der Strasse bestärkte.

Radikalisierung

Nach 1917 verlor die Jugendbewegung an Mitgliedern, was aber nicht unbedingt schlecht war, weil dies mit einem Radikalisierungsprozess einher ging. Das heisst die Ideologie verschärfte sich, wurde klarer, was den Opportunisten dann die Möglichkeit gab, sich ihrer Position klar zu werden und die organisierte Jugendbewegung zu verlassen. Die Radikalisierung der Organisierten war also ein Schritt hin zur redlicheren Politik, die nicht allen gefällt, sondern nur denen, die es wirklich ernst damit meinen. Dies bedeutet dann, dass die Anzahl der Zuläufe abnahm. Nun liegt natürlich die Frage auf der Hand, wieso vor allem die Jugendbewegung einen Radikalisierungsprozess durchgemacht hat. Es gibt zwei wichtige Faktoren, die diese Radikalisierung begünstigt haben. Einerseits erstarkte die Bewegung selbst aus objektiven und subjektiven Gründen. Diese Erstarkung war von qualitativer und quantitativer Bedeutung. Qualitativ, da die sozialen Widersprüche sich zuspitzen und die Organisation immer fortgeschrittener

war. Quantitativ, weil immer mehr Jugendliche organisiert waren. Der zweite Faktor waren starke Persönlichkeiten, wie Willy Münzenberg oder auch Lenin und andere, die mit ihren Ideen sicher auch in die Jugendbewegung beeinflussten. Die Radikalisierung konnte nur dank beiden Faktoren von statten gehen.

Verrat

In Deutschland entpuppte sich die Führung der Sozialdemokraten als Kriegstreiberin, indem sie Kriegskrediten zustimmte. Damals war die Sozialdemokratische Partei noch eine einzige, die Abspaltung der KommunistInnen erfolgte später. In der Schweiz, die sich nicht am Krieg beteiligte, legte die Sozialdemokratenspitze ihre Maske auf eine andere Art ab: Sie propagierten die Einstellung der Klassenkämpfe als Teil des Burgfriedens. Der Klassenkampf wurde durch nationale Ideologie ersetzt. Natürlich wurden gegen diese Politik auf der Stelle Gegenstimmen laut. Sie schieden sich an Fragen zum Internationalismus, Landesverteidigung, Militärausgaben und wie oben erwähnt am Burgfrieden. Die proletarische Jugendbewegung unterschied sich aber in der Einstellung zum Krieg von der restlichen Arbeiterbewegung. Sie war bis zum Schluss gegen den Krieg und hatte ihre eigenen Friedenskongresse. An die Konferenz in Zimmerwald war sie aber nicht eingeladen, obwohl einige führende Mitglieder, wie Willy Münzenberg auch dort anwesend waren.

Literaturhinweise: Radikale Jugend, Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900-1930, Andreas Petersen, Chronos Verlag Zürich

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Erklärungen zu verschiedensten Aktionen. Aus Platzgründen können wir leider nicht alle Erklärungen veröffentlichen, von denen wir Kenntnis haben. Die ungekürzten Erklärungen sind auf ch.indymedia.org/de zu finden.

Angriffe gegen CH-Rüstungsexporte (ch.indymedia.org; Auszüge)

Gestern Nacht (20 Januar 2014) haben wir als Beitrag zur Kampagne gegen das World Economic Forum die RUAG Defence (im Gebäude mit der Adresse Im Tiergarten 7 ZH) und die NEOSOFT AG (im Gebäude mit der Adresse Üetlibergstrasse 132 ZH) mit Feuerwerk angegriffen. Der Angriff richtet sich gegen zwei Exponenten der schweizer Rüstungsindustrie, wobei die RUAG ein Bundesunternehmen ist. Abgeschlossene Rüstungsdeals und Militärabkommen am WEF in Davos unterstreichen die Bedeutung, welche dieses Jahrestreffen für diesen Teil der hiesigen Wirtschaft hat.

Per 19. September 2014 wurde die Verordnung über das Kriegsmaterial, welche die Exportbedingungen von Schweizer Waffen regelt, vom Bundesrat gelockert,

nachdem das Parlament im März 2014 sich für diesen Schritt eingesetzt hatte. Hintergrund dieser Lockerung ist die Klage grosser Rüstungskonzerne (wie die RUAG oder MOWAG), dass ihr Umsatz aufgrund strikter Exportbeschränkungen eingebrochen sei. Denn seit 2008 war der Export von Kriegsmaterial an Länder verboten, in denen Menschenrechte «systematisch und schwerwiegend» verletzt würden. Dieser Passus wurde im Herbst vergangenen Jahres gestrichen, nun ist der Waffenexport wieder erlaubt, wenn nur ein geringes Risiko bestehe, dass die Waffen zu «systematischen und schwerwiegenden» Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden.

Die RUAG ist vollumfänglich im Besitz des Bundes und gehört mit ihren mehr als 8000 ArbeiterInnen und einem Umsatz von 1.75 Milliarden CHF wohl zu den grössten Rüstungsunternehmen der Schweiz. Die Spezialisierung der RUAG Defence, die am Tiergarten 7 in Zürich ihren Sitz hat, ist dabei die Produktion schwerer Waffensysteme und von Munition. [...]

Die Neosoft AG ist ein Beispiel des privaten Schweizer Rüstungsexports. Im Gegensatz zur RUAG oder der Mowag konzentriert sich die Neosoft auf Rüstungsmaterial im digitalen Bereich. So wurde vor kurzem bekannt, dass sie IMSI-Catcher an die polizeiliche Struktur «Rapid Action Battalion» in Bangladesh

verkaufen wollte. Diese Einheit ist dafür bekannt, extralegale Exekutionen durchzuführen. Mit dem von der Schweizer Firma Neosoft AG angebotenen IMSI-Catcher (in dessen Bedienung die Einheit aus Bangladesch in Zürich trainiert wurde) wäre es möglich, ohne grossen Aufwand alle Mobiltelefone innerhalb eines Umkreises zu erfassen [...]

Nicht zuletzt ist das WEF auch eine Möglichkeit für Schweizer Firmen in diesem Bereich Erfahrungen zu sammeln, welche sie danach in ihrer Vermarktung hervorheben können. So hat die RUAG bei der Präsentation ihres Panther Command Systems zur Organisation von Polizei- und Militäreinsätzen anlässlich der Polizeikonferenz 2010 in Berlin hervorgehoben, dass das System seit 2007 erfolgreich auch bei den Einsätzen rund um das WEF eingesetzt werde. Wie der Chief of Staff des Forums Marcel Suter zitiert wird: «Panther Command [und damit die RUAG] made our task easier.»

[...] Wichtig bleibt aus revolutionärer Perspektive den Anlass in den bündner Bergen zu begleiten, genau hinzuschauen, wenn sich die kapitalistischen Spitzen treffen, die Situation politisch zu analysieren und an der richtigen Stelle, dort wo sich die Krisen- und Kriegstendenzen des Kapitalismus manifestiert, zuzuschlagen.

Für eine revolutionäre Perspektive!

«Wir sind gegen alles»

FUSSBALL Während der Gezi-Park-Proteste im Sommer 2013 erlangte die Istanbuler Ultragruppierung «Çarsi» weltweite Berühmtheit. Ihre Beteiligung mobilisierte letztendlich Anhänger aller drei verfeindeten Istanbuler Vereine auf den Taksim-Platz. Nun will der türkische Ministerpräsident Erdogan Rache: Die Staatsanwaltschaft fordert für 35 Çarsi-Mitglieder lebenslange Haft.

(agkkzh) Nach dem ersten gewaltsamen Polizeieinsatz am 31. Mai gegen die DemonstrantInnen auf dem Taksim-Platz betraten die AnhängerInnen von Besiktas Istanbul erstmals öffentlichkeitswirksam die Bühne des Protests. Als die Demonstrationen einen Tag später wieder begannen, genügte ein Wort: «Gelyoruz», wir kommen. Zehntausende Besiktas-Anhänger folgten dem Ruf und zogen daraufhin aus dem Viertel in Richtung Taksim-Platz. Besonders von sich reden machten die Çarsi mit einer Aktion am Dolmabahçe-Palast, als sie einen Bagger kaperten und damit die Polizeisperre durchbrechen konnte, woraufhin die Polizisten Richtung Besiktas wegrannten. Erdogan hätte es aus seinem Arbeitszimmer beobachten können, welches sich in einem Seitenflügel des Sultanpalastes, direkt zwischen dem Taksimplatz und dem Zentrum von «Besiktas», befindet. Als sich die Proteste in den ersten Tagen vom Taksim auf das benachbarte Viertel «Besiktas» ausweiteten, beteiligten sich die AnwohnerInnen am Barrikadenbau, versorgten die Verletzten und informierten von den Balkonen mit den neuesten Nachrichten. Andere veranstalteten mit Töpfen und Pfannen stundenlang einen ohrenbetäubenden Lärm. «An diesem Tag waren so viele Leute auf der Strasse und haben mit gekämpft, auch alte Frauen und Männer, sogar Kinder waren da», sagte eine Kämpferin aus der Nachbarschaft. Auch diese Erfahrung wird bleiben. Der Strassenkampf als Motor der Gleichberechtigung. Besiktas wurde gehalten.

Auf die Besiktas-Fans folgten AnhängerInnen der anderen beiden grossen Istanbuler Fussballvereine Galatasaray und Fenerbahce. Gemeinsam tauchten sie den Taksim-Platz in das gleissende rote Licht ihrer Bengalien.

Istanbul United

Es war die Geburt eines einzigartigen Bündnisses. Die Istanbuler Ultras legten ihren Zwiſt für die Zeit des Protestes beiseite und traten unter «Istanbul United» gemeinsam gegen Erdogan an. Diese Geschichte sei filmreif, dachten sich die beiden deutschen Filmemacher Olli Waldhauer und Farid Eslam, deren Dokumentation über «Istanbul United» im Oktober letzten Jahres in mehreren deutschen Kinos und auch in Zürich im Kino «RiffRaff» gezeigt wurde. Der Film zeichnet anhand von einzelnen Charakteren der drei Anhängerschaften die Dimension der Rivalitäten der sich spinnefeinden Vereine nach. Danach überschneiden sich die Interessen der Ultras auf dem Taksim-Platz. Angesprochen auf den Film relativieren die Çarsi im Interview mit «Footballuprising» die Ereignisse rund um den Taksim-Platz: «Jeder wollte nach den Protesten von uns profitieren, auch diese Filmemacher. Vorher waren wir für alle doch nichts als Verbrecher und Bazillen. Am Anfang der Proteste als uns die Polizei in unseren Bezirk drängte, kamen tatsächlich tausende Fenerbahce-Fans um uns zu unterstützen. Aber nur deswegen kann es auf Dauer kein «Istanbul United» geben. Die Proteste gehören zu 99% uns.» Schon vor den Protesten standen die Çarsi, mit den sich als links und antirassistisch verstehenden Fangruppen Tekyumruk (Galatasaray) und Sol Acik sowie Vamos Bien (Fenerbahce) in freundschaftlicher Verbindung. Diese Gruppen stellen in ihren jeweiligen Fanszene jedoch eine Minorität dar. Die Tatsache, dass sich die grössten und wichtigsten Gruppen von Fener-



Militante Fans in Istanbul

erbahce: GFB (Genc Fenerbahceliler) und UltraAslan von Galatasaray nicht an den Protesten beteiligten, klammerten die Filmemacher dabei aus.

Erfahren im Strassenkampf

Gemeinsam mit militanten Linken bildeten die Fussballfans die vorderste Front in den Strassenschlachten mit der Polizei. Mit den Ultras kam die Hoffnung der Protestierenden zurück. Auseinandersetzungen mit der Polizei sind sich die Istanbuler Ultras gewohnt. Im Barrikadenkampf waren die Fans jedoch unerfahren. «Als wir rund um den Gezi-Park die ersten Barrikaden bauten, zeigten uns militante Linke, wie man das macht», erzählt ein Çarsi-Mitglied.

Die «Çarsi» wurde ursprünglich 1982 gegründet. Die Mitglieder sind traditionell im Viertel des Vereins, in Besiktas, beheimatet. Zumindest nach 1993 stehen sie für weit mehr als es gemeinhin von Fussballanhängern erwartet wird: Sie sind fester Bestandteil der 1. Mai-Demonstration und setzen sich über den Tellerrand ihrer Fussballaktivitäten gegen Rassismus, Atomenergie, den Irak-Krieg und Frauenunterdrückung ein. Eigenständig betreuen sie soziale Projekte im Viertel und standen jüngst den verunglückten Bergarbeitern in Soma tatkräftig zur Seite.

Das eingekreiste «A» im Logo der Gruppe bringt Ihnen den Ruf, Anarchisten zu sein ein. Tatsächlich ist das politische Spektrum der Gruppe viel breiter gefächert. Am besten widerspiegelt sich die breite politische Fächer im Leitspruch: «Çarsi her seye karsi - Çarsi ist gegen alles.» Ein Teil der Fans würde den Zusatz «Alles ausser Atatürk» hinzufügen. Okan, ein junges Çarsi-Mitglied aus Besiktas meint, Çarsi sei auf der Seite der Unterdrückten, der Schwachen, das gefalle ihm.

Vom Stadion auf die Strasse

Während der Proteste «avancierten die Ultras endgültig zu Volkshelden» (taz), selber sehen sie das etwas anders: Wir wollen ein Teil der Bewegung sein und uns nicht an die Spitze stellen.» Diese Identifikation mit Çarsi versuchte auch Erdogan zu nutzen. An einer Pro-AKP-Demonstration tauchten gefälschte Çarsi-Fahnen in der Menge auf. Diese Identität brachte Çarsi mit dem Witz und der Kreativität aus der Kurve mit in den Protest ein. Es dürfte der wichtigste Beitrag der Ultras für die Bewegung sein. Es ist ein Spottlied auf die Poli-

zei, die alle um den Taksim-Platz einte: «Los sprüh dein Gas / Los sprüh dein Gas / Wirf den Knüppel weg / Zieh den Helm aus / Zeig, dass du dich traust», dieses Lied entstammt ursprünglich der Besiktas-Kurve und wurde von allen Beteiligten mitgetragen. Heute kann man einen gegensätzlichen Trend zu den 70er und 80er Jahren feststellen, als es in Italien aber auch in der Türkei im staatlichen Interesse lag die Wut auf den Strassen in geordnete Bahnen und damit ins Fussballstadion zu transportieren, wo die Parolen und Lieder der ArbeiterInnenbewegung zu hören waren. Çarsi brachte die Kreativität und Wut aus der Kurve in die Protestbewegung.

Die Rache Erdogans

Auch Wochen nach den Protesten auf der Strasse gab es in fast jedem Stadion Protestaktionen. In der 34. Minute (34=Ortszahl von Istanbul) ertönte der prägnante Schlachtruf «Her yer Taksim, Her yer Direnis - Überall ist Taksim, Überall ist Widerstand» durch die Stadien. Die Erdogan-Regierung erliess daraufhin eine Reihe neuer Gesetze gegen Fussballfans um Politik aus dem Stadion zu verbannen. Zudem erklärte er Çarsi zu einer terroristischen Organisation. Nun stehen bekannte Çarsi-Mitglieder vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen eine «kriminelle Vereinigung» gegründet zu haben um die türkische Regierung zu stürzen. Die Staatsanwaltschaft fordert lebenslange Haft für die Angeklagten. Die Beschuldigten hätten ausländischen Medien Fotos und Informationen zugespielt, welche die Proteste in Istanbul als eine Art «arabischer Frühling» erscheinen lassen sollten. Dies sei ein versuchter Umsturz der Regierung und legitimiere somit das hohe Strafmass. Der Prozess soll Kritiker zum Schweigen bringen. Zu Beginn des Prozesses Ende 2014 versammelten sich zahlreiche Unterstützer vor dem Gericht, sangen Lieder und schwenkten Fahnen. Die Angriffe auf Çarsi sind nur ein kleiner Teil der über 90 eingeleiteten Verfahren, in denen über 6000 Menschen im Nachgang des Gezi-Park-Protests angeklagt werden.

«Ich erinnere mich noch sehr genau an die Kämpfe, die Organisation im Park, die Solidarität, die dort herrschte», sagt Kartal, ein Çarsi aus Besiktas. «Çarsi wurde zu einem Symbol der Proteste, vielleicht wollen sie uns deshalb so schwer bestrafen», sagt der 29-jährige Nuray. Sie werden wieder vor dem Gericht stehen - in siyah, beyaz, Schwarz und Weiss.

MERKE!



Der Zivi mit rötlichen Haaren taucht immer wieder als Fotograf getarnt an Demos auf; sowohl am 8. März, wie auch am 1. Mai. Manchmal auch mit tief in die Stirn gezogener Mütze und Teleobjektiv in einem Hauseingang auf Actions lauernd. Übrigens, Verjagen lässt er sich wie alle anderen auch!





LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Die nächsten Daten:

**01.03.2015
05.04.2015
03.05.2015**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

LICHT AUF

Waffen für Rojava! Auszug aus dem Aufruf der Roten Hilfe

«Auch wir wollen einen Beitrag zur internationalen Solidarität mit Rojava leisten und rufen dazu auf, Geld für die Bewaffnung der Selbstverteidigungseinheiten vor Ort zu sammeln. Wir tun dies explizit auch darum, weil das, was aktuell in Rojava verteidigt wird, vieles von dem beinhaltet, was wir als KommunistInnen in der Perspektive befürworten. Die Verwaltung des Kapitals in den Händen der Menschen, die damit arbeiten, die unermüdliche Arbeit für die Gleichstellung der Geschlechter, der Kampf gegen Rassismus und Nationalismus oder eben das Bewusstsein dafür, dass ein derartiger revolutionärer Prozess auch mit der Waffe in der Hand verteidigt werden muss.



**1. Mai – Strasse frei!
www.aufbau.org**

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

**jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl**



info@aufbau.org oder www.aufbau.org



Arbeitsalltag



Kompetenz



Freiheit



Sicherheit



Wahrheit



Wissen



5. Element



Lösung

Unsere Gesellschaft. Unsere Zukunft?

vorwärts Sozialistische Zeitung
Gratis-Probe-Abo: www.vorwaerts.ch

Credit: Jura/Emble

TAXI – Magazin für Soziales und Kultur

www.strassenmagazin.ch.vu

Offen für Texte und Infos...

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50
Job-Telefon 078 742 28 67

adag
Druckerei

H.- R. Breitenmoser
Landenbergstrasse 10
CH - 8037 Zürich

Tel. 01/ 272 17 10
Fax 01/ 271 77 26

adag@adagzebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.



**Der neue Webauftritt
der jungen Welt.
Die ganze Zeitung im Internet.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

www.jungewelt.de

Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.

Buchhandlung im Volkshaus

Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich
Telefon 044 241 42 32
www.volkshausbuch.ch
info@volkshausbuch.ch

Politik | von > Adorno bis > Zapata

Intisar: Bilder aus dem Alltag in Jemen

COMIC Sequenzen aus dem Leben einer jemenitischen Frau zeigen die Schwierigkeiten und Unterdrückung, aber auch das Potenzial.

(az) Es ist keine Skandalgeschichte, jene von Intisar, der jungen Ärztin aus Jemen, die arbeitet und Auto fährt, wenn ihr Vater es nicht mitbekommt und zu Hause rumsitzen muss, wenn er das bewirkt. Ihr Leben ist oft eine Zumutung. Sie akzeptiert es nicht, aber sie lässt sich auch nicht fertig machen. So wird nicht die Geschichte eines Opfers, das um Mitleid bettelt, erzählt, sondern jene einer selbstbewussten Frau, die Missstände einklagt und verändern will.

tig ist ihm, dass sie nicht vom Flughafen in Sanaa, wo man sie sehen könnte, abfliegt. Die mehrheitliche Abwesenheit des brutalen Vaters ist ein grosses Glück, denn so trägt der einzige «Mann» im Haus die Verantwortung für die Frauen. Der kleine Bruder Saleh ist noch ein Teenager und ein äusserst anständiger Kerl, obwohl er einen hohen Preis dafür bezahlt. Er lässt die Frauen machen, was sie möchten und kassiert dafür, wenn es auffliegt, ab und zu mal Prügel vom Vater.

Wie Saleh sind auch andere Männer nicht durchgängig negativ gezeichnet, aber sie müssen mitspielen in dieser absurden Gesellschaft, die stark mafiös wirkt. So bestimmen einerseits die patriarchalen Strukturen

strenge wahabitische Regeln forcieren. Da Jemen nach Gaza im arabischen Raum das ärmste Land ist, ist der Einfluss des reichen Saudi Arabiens entsprechend.

Autofahren ist nicht gesetzlich verboten, Intisar hat den Fahrausweis ohne Probleme einfach ausgestellt bekommen, weil ihr Bruder das erlaubte. Doch ist es ungewöhnlich und für viele Männer eine Provokation. Sie fordern Intisar zu Autorennen durch die Stadt auf, worauf sie sich gern einlässt. So rasen sie durch die Strassen und wenn Intisar gewinnt, freut sie sich schelmisch.

Aber auch dieses kleine Vergnügen dauert nur



Intisar fährt Auto, was in Jemen selten ist. Viele Männer fühlen sich herausgefordert und beginnen ein Rennen mit ihr – was sie nicht ausschlägt. Wenn sie verliert – wie hier – ist sie äusserst aufgebracht, denn «nichts ist schöner, als einen Mann auf seinem Terrain zu schlagen.»

Dieser ruhige Reportage-Stil macht aus dem gezeichneten Alltag einer fiktiven Frau in Jemen einen leserwürdigen Comic. Er liest sich nicht als Arroganz bevormundender, westlicher Autoren, eine Gefahr, die bei dieser Ausgangslage durchaus gegeben wäre. Es ist nur ein ungeschönter Einblick in die Probleme und Gedanken einer Betroffenen. Der Autor Pedro Riera hat ein Jahr lang in Sanaa gelebt, wohin er seine Frau begleitete. Der spanische Schriftsteller nutzte die Zeit, um mit seiner Frau zusammen Interviews zu machen und so die Lebensrealität jemenitischer Frauen kennenzulernen und er schuf diese Kunstfigur «Intisar», die nicht eine spezifische Frau darstellt, sondern eine Synthese der verschiedenen Interviewten. Zurück in Spanien arbeitete er mit dem Zeichner Nacho Casanova zusammen und es entstand der Comic, der nun auch auf Deutsch erhältlich ist.

Veränderung ist überfällig

Der Comic zeigt nur Sequenzen eines Lebens. Wir treffen auf die sympathische Familie von einer Mutter und drei Kindern. Intisar ist die Tochter eines reichen Waffenschleppers, der die Mutter für eine andere Frau verlassen hat und nur ganz selten auftaucht, trotzdem hat er das Sagen. Es stellt sich heraus, dass ihm seine Tochter völlig egal ist, aber da andere über sie sprechen könnten, kann alles auf seine Reputation zurückfallen, was er um jeden Preis verhindern will. So herrscht er teilweise autoritär und teilweise nachlässig über das Leben der Zweit-Familie. Er lässt beispielsweise zu, dass Intisar in Damaskus Medizin studiert, doch wich-

das Leben von Intisar, aber auch übergeordnete Herrschaftsmechanismen. Einmal sieht man sie müde und frustriert aus dem Operationssaal kommen, nachdem ihr Team fünf Stunden lang einen Toten operiert hat. Das liegt nicht daran, dass die Todesursache ergründet werden musste, sondern am gesellschaftlichen Status des Eingelieferten. «Das ist die Politik im Krankenhaus», erklärt uns Intisar. «Wenn ein Scheich oder eine andere wichtige Persönlichkeit eingeliefert wird, müssen wir vorgeben alles zu tun, um ihn zu retten – selbst wenn es zwecklos ist, oder er bereits tot, so wie heute. Wenn die Söhne oder Stammesangehörigen glauben, wir hätten nicht genug getan, machen sie uns für seinen Tod verantwortlich und nehmen Rache. Das hat schon mehr als einen Arzt das Leben gekostet.» Derartige und vergleichbare Zumutungen an die Intelligenz der jungen Frau hat das Leben in Jemen auf Lager.

Um sich auszutoben steigt Intisar ins Auto und fährt, das ist ihre Flucht und gleichzeitig die Möglichkeit, sich anonym mit Männern zu messen. Am Steuer ist sie mit dem «Nikab» verschleiert, deshalb nicht erkennbar. Der Nikab ist ein wichtiges und zwiespältiges Thema für Intisar. Er ist störend, unbequem, warm und eine weitere Fremdbestimmung. Doch in dieser Gesellschaft, in der alles verboten ist, ist es durchaus praktisch, unbemerkt zu bleiben. Offenbar trugen vor den 90er Jahren nur wenige Frauen in Jemen den Schleier. Für die Wende sorgten die Saudis, die dem armen Land die Schulen finanzieren und über diese

so lange, bis der Vater davon erfährt. Gegen Ende des Buchs ist er dummerweise gerade anwesend, als Intisar vorfährt, er konfisziert das Auto und schenkt es dem minderjährigen Halbbruder. Intisar hat keine Möglichkeit sich dagegen zu wehren, sie übergiesst es deshalb mit Benzin und zündet es an. So verhindert sie zumindest einen Teil der Fremdbestimmung.

Am Ende ist klar, dass sich alles ändern muss, damit jemenitische Frauen und auch die Männer ein einigermaßen selbstbestimmtes Leben führen können: die Gesellschaft mit ihren Clanstrukturen und Hierarchien, die Wirtschaft und die Vorurteile. Auf den Westen setzt Intisar dabei nicht. Auf der letzten Seite kommt sie von einem Bewerbungsgespräch beim (westlichen) Roten Kreuz. Sie weiss, dass ihr Vater hier nicht einfach anrufen und ihre Entlassung bewirken kann. «Im Grunde ist es diesmal umgekehrt», denkt sie sich. «Wenn die wüssten, dass er mir das Arbeiten verbietet, bekäme ich die Stelle sicher gleich... vielleicht hätte ich es erwähnen sollen.» Aber sie hat es nicht getan und das aus gutem Grund. Sie will weder im positiven noch im negativen Sinne von ihrem Vater abhängig sein. Sie will selber gewinnen und das ist der Schimmer der Hoffnung, den diese Geschichte zu vermitteln vermag. Die junge Frau im Comic ist gewiss unterdrückt, aber sie ist weder blöd noch gebrochen.

Pedro Riera, Nacho Casanova: Intisars Auto: Aus dem Leben einer jungen Frau im Jemen. Egmont Graphic Novel 2014.



Beim Autofahren trägt Intisar zusätzlich zum Kopftuch auch noch den «Nikab», den Gesichtsschleier

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.
Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.